GÜNTHER WAGNER

„Frauen! Lernt wählen"

Wahlkampf und Wahlergebnisse in Stadt und Kreis Warburg 1918/19

1. *Das Ringen um die verfassungspolitische Grundsatzentscheidung der deutschen Revolution 1918/19*

Abgesehen von der extremen Linken waren sich alle politischen Richtungen, von den liberalen bürgerlichen Parteien, die sich bald vom „Schock des 9. November 1918" erholten, aus ihrer zeitweiligen Lethargie erwachten und sich neu formierten,[1] bis hin zu den gemäßigten Kräften in der USPD darüber einig, daß die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung für die staatspolitische Neugestaltung Deutschlands nach dem revolutionären Zusammenbruch des Kaiserreiches unbedingt erforderlich sei. Zwischen den Regierungsparteien, die in ihrem gemeinsamen Aufruf vom 12. November die Wahl einer Konstituante angekündigt hatten,[2] bestanden in dieser Frage jedoch tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über den Wahltermin: Für einen möglichst frühen Termin machten sich die SPD-Volksbeauftragten stark; sie wollten schnellstens den revolutionären, verfassungslosen Zustand überwinden und erwarteten, von der Nationalversammlung das Mandat für Verwirklichung von „Demokratie und Sozialismus" zu erhalten.[3] Dagegen beabsichtigten die Vertreter der Unabhängigen in der Regierung den Wahltermin so lange wie möglich hinauszuzö-

1 Dazu u. a. die Berichte im „Westfälischen Kreisblatt" (= WKBl.) Nr. 266, 15. 11. 1918: „Die erste bürgerliche Kundgebung; Nr. 268, 18. 11. 1918: "Die bürgerlichen Parteien"; Nr. 269, 19. 11. 1918: „Wirren in den bürgerlichen Parteien" (zur Gründung der DDP); zu den allgemeinen Revolutionsereignissen, u. a.: Jörg *Berlin*, Strukturkrise des Deutschen Reiches – Die Revolution 1918/19, in: I. *Geiss* / R. *Tamchina* (Hg.), Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, Bd. 2, Berlin/Wien/Frankfurt 1980, S. 129-149; Eberhard *Kolb*, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919 (TB-Ausgabe), Frankfurt 1978; *ders.*, Die Weimarer Republik, München/Wien 1984; Susanne *Miller*, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978; Hans *Mommsen*, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Berlin 1989; Wolfgang J. *Mommsen*, Die deutsche Revolution 1918-1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung, in: Geschichte und Gesellschaft 4/1978, S. 362-391; Reinhard *Rürup*, Demokratische Revolution und „dritter Weg". Die deutsche Revolution von 1918/19 in der neueren wissenschaftlichen Diskussion, in: Geschichte und Gesellschaft 9/1983, S. 278-301; Walther *Tormin*, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954; Hans A. *Winkler*, Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19. Ein Rückblick nach sechzig Jahren, Berlin/Bonn 1979; *ders.*, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984.

2 Aufruf vom 12. 11. 1918, s.: WKBl. Nr. 266, 15. 11. 1918 (Neue Gesetze der Republik).

3 Zur Haltung der SPD: *Kolb*, Arbeiterräte, S. 169ff.; *Miller*, Anm. 1, S. 99ff.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

gern, um zuvor die „Errungenschaften der Revolution" durch erste Demokratisierungs- und Sozialisierungsmaßnahmen zu sichern.[4]

Einen grundsätzlich anderen Standpunkt vertraten die Linksradikalen. Nach ihrer Auffassung hatte die „sozialistische" Revolution mit dem politischen Umsturz erst begonnen und mußte nun permanent vorangetrieben werden; so forderten sie unter der Parole „Alle Macht den Räten" die Übernahme der legislativen, exekutiven und judikativen Gewalt durch die Räteorgane.[5] Und obwohl die äußerste Linke schon in den ersten Tagen nach dem Umsturz empfindliche Niederlagen hatte hinnehmen müssen,[6] stand in der ersten Phase des revolutionären Prozesses die Alternative „Räteherrschaft" oder „parlamentarische Demokratie" im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen. Als Verkörperungen dieser konkurrierenden Zielvorstellungen galten dabei der Rat der Volksbeauftragten, in dem die Mehrheitssozialisten unterstützt von den als „unpolitisch" eingestuften bürgerlichen „Fachministern"[7] alsbald die führende Rolle spielten, und auf der anderen Seite der Berliner Vollzugsrat, in dem trotz seiner paritätischen Zusammensetzung die Linksradikalen den Ton angaben.[8]

Auch wenn eine Zeitungsmeldung am 14. November verkündete, die Reichsregierung sei „in voller Übereinstimmung mit dem Vollzugsausschuß des [Berliner] Arbeiter- und Soldatenrates" entschlossen, „sofort nach Regelung der wichtigsten Tagesfragen die Wahlen zur Nationalversammlung durchzuführen", und somit der Eindruck entstand, als gäbe es in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten,[9] ist doch unverkennbar, daß seit Mitte November 1918 der Machtkampf zwischen den rivalisierenden Repräsentativorganen der revolutionären Bewegung vornehmlich um die verfassungspolitische Zentralfrage der Revolution ausgetragen wurde. Denn schon vor dem 9. November hatten die

4 Zur Haltung der USPD: *Kolb*, Arbeiterräte, S. 157ff.; *Miller*, Anm. 1, S. 107ff.; zu den unterschiedlichen Zielvorstellungen der Regierungsparteien s. auch: Reinhard *Rürup*, Probleme der Revolution in Deutschland 1918-1919, Wiesbaden 1968, S. 26ff., bes. S. 32f.; Ernst *Matthias*: Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19, Düsseldorf 1970, S. 127ff.

5 Zur Opposition der Linken: *Miller*, Anm. 1, S. 110f.; *Kolb*, Arbeiterräte, S. 138ff.; auch: E. *Waldman*, The Spartacist Uprising and the Crisis of the German Socialist Movement, Wisconsin 1958, S. 97ff., bes. S. 106; Karl D. *Erdmann*, Die Weimarer Republik, in: Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, hg. v. H. *Grundmann*, TB-Ausgabe, Bd. 19, München (9. Aufl.) 1980, S. 33ff.; Wolfgang *Ruge*, Novemberrevolution. Die Volkserhebung gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus 1918/19, Frankfurt 1978, S. 75ff.

6 Beispielsweise während der Zirkus Busch-Veranstaltung am 10. November 1918, dazu: E. *Buchner*, Revolutionsdokumente, Bd. I, Berlin 1921, S. 155ff.

7 S. Jörg *Berlin* (Hg.), Die deutsche Revolution 1918/19. Quellen und Dokumente, Köln 1979, Nr. 160f., S. 206-208; dazu: W. *Elben*, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution, Düsseldorf 1969, S. 17 u. S. 160ff., bes. S. 164.

8 Vgl. Walter *Tormin*, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954, S. 74; Arthur *Rosenberg*, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik (1928/36), in einem Bd., hg. v. K. *Kersten*, Frankfurt/M. 1961, S. 40; Eberhard *Kolb*, 1918/19 – Die steckengebliebene Revolution, in: C. *Stern*/H. A. *Winkler* (Hg.), Wendepunkte deutscher Geschichte, Frankfurt 1979, S. 87-109, bes. S. 102

9 Meldung im WKBl. Nr. 265, 14. 11. 1918.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Protagonisten des Berliner Vollzugsrats, die Revolutionären Obleute,[10] gegen den Parlamentarismus westlicher Prägung und für die Errichtung einer Räterepublik agitiert und waren nun, da bürgerliche Kreise zunehmend auf die sofortige Einberufung der Nationalversammlung drängten, um so mehr bestrebt, die Wahl der als „reaktionär" eingeschätzten Konstituante zu verhindern.[11]

Den wohl spektakulärsten Versuch der Linkskräfte im Vollzugsrat, ihre politischen Vorstellungen durchzusetzen, stellte die auf Initiative Richard Müllers am 19. November stattfindende Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte dar, mit der die Absicht verfolgt wurde, eine Offensive gegen die schnellstmögliche Einberufung der verfassunggebenden Versammlung zu starten. Die Kampagne für einen frühen Wahltermin war allerdings von den Sozialdemokraten eröffnet worden, die durch ihnen nahestehende Presseorgane halbamtlich die Meldung hatten verbreiten lassen, der Entwurf eines Wahlgesetzes sei im Kabinett bereits durchberaten worden und als Termin für die Wahlen stehe der 2. Februar 1919 längst fest.[12]

Auf der Vollversammlung wandte sich der Vorsitzende des Vollzugsrats Richard Müller mit scharfen Worten gegen die „bürgerliche" Nationalversammlung und forderte die Räte auf, zur Errichtung einer proletarisch-sozialistischen Republik „in vollstem Maße" ihre Rechte zu behaupten und notfalls mit Gewalt die Wahl der Konstituante zu vereiteln. Sein Redebeitrag gipfelte schließlich in dem vielzitierten Ausspruch: „(...) der Weg zur Nationalversammlung geht über meine Leiche", der ihm den Spitznamen „Leichen-Müller" einbrachte.[13]

Die Linksradikalen erreichten mit diesem Vorstoß indes das Gegenteil der von ihnen angestrebten Meinungsbildung für das Rätesystem. Er bewirkte vielmehr eine Mobilisierung der Befürworter der parlamentarischen Demokratie, und zwar auch unter den Arbeiter- und Soldatenräten in der Provinz.[14] So sahen sich die Linken, trotz der lautstarken Agitation, die ihre Presseorgane entfalte-

10 Zu den Revolutionären Obleuten: Richard *Müller*, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, Nachdr. Berlin 1979, S. 161ff.; Peter v. *Oertzen*, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Berlin/Bonn (2. Aufl.) 1976, S. 71ff.; D. *Schneider* / R. *Kuda*, Arbeiterräte in der Novemberrevolution, Frankfurt/M. (4. Aufl.) 1978, S. 17ff.; *Kolb*, Arbeiterräte (wie Anm. 1), bes. S. 38ff.

11 S. den Artikel im WKBl. Nr. 268, 18. 11. 1918: „Rosarot oder blutigrot?"; dazu auch: *Kolb*, Arbeiterräte (wie Anm. 1), S. 130f.; Ernst R. *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 5, Stuttgart u. a. 1978, S. 777f.; I. *Materna*, Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, Berlin/DDR 1978, S. 72ff.

12 Zu den Pressemeldungen: Die Regierung der Volksbeauftragten (= RVB), eingel. v. A. *Matthias*, bearb. v. S. *Miller* u. H. *Potthoff*, Düsseldorf 1969, 1. T., S. 78, Anm. 18; Eberts Dementi: ebd., S. 82; dazu: *Kolb*, Arbeiterräte (wie Anm. 1), S. 131.

13 Vgl. Ursachen und Folgen (= UuF), Bd. 3, hg. v. H. *Michaelis* und E. *Schraepler*, Berlin o. J. (1958), S. 17; R. *Müller*, wie Anm. 10, Bd. 2, S. 84f.; E. *Buchner*, Revolutionsdokumente, Bd. 1, Berlin 1921, S. 295ff., bes. S. 296; auch: :WKBl. Nr. 271, 22. 11. 18; dazu: *Kolb*, Arbeiterräte, S. 131; *Miller*, Anm. 1, S. 109; Karl D. *Erdmann*, Die Weimarer Republik, in: Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, hg. v. H. *Grundmann*, TB-Ausgabe, Bd. 19, München (9. Aufl.) 1980, S. 38; *Materna*, Anm. 11, S. 75 u. S. 77.

14 Zu den Reaktionen: *Buchner*, Anm. 13, S. 299ff.; unter der Überschrift „Auch die Arbeiter- und Soldatenräte für die Nationalversammlung" druckte das WKBl. Nr. 270, 21. 11. 1918 eine Resolution des Kölner AuSR ab; s. auch: *Kolb*, Arbeiterräte, S. 132.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

ten, einer breiten Front in der Bevölkerung gegenüber, die ihre politischen Ziele ablehnte. Dennoch erhofften sie, von einem Delegiertenkongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der für den 16. Dezember nach Berlin einberufen wurde, ein Votum für das Rätesystem erlangen zu können.[15]

Noch bevor dieser Kongreß zusammentreten konnte, bemühte sich die Führung der Sozialdemokratie, die offensichtlich wenig geneigt war, eine so weitreichende Entscheidung wie die Einberufung der Konstituante den Räten zu überlassen, eine breite Mehrheit für die parlamentarische Demokratie sicherzustellen und die Öffentlichkeit auf einen frühen Wahltermin einzustimmen. Diesen Zweck verfolgte unter anderem eine am 22. November im „Berliner Tageblatt" abgedruckte Erklärung Scheidemanns, in der es hieß, in der Regierung bestehe „kaum ein Zweifel" darüber, daß der Friede mit den Siegermächten ohne die baldige Einberufung der verfassunggebenden Versammlung in weite Ferne rücken werde.[16]

Eine Vorentscheidung fiel sodann auf einer Reichskonferenz, die am 25. November in Berlin stattfand und an der die Vertreter der meisten deutschen Länderregierungen, die Chefs der Reichsbehörden sowie einige Mitglieder des Bundesrates teilnahmen.[17] Trotz schwerwiegender Meinungsverschiedenheiten und der grundsätzlich ablehnenden Haltung der USPD-Konferenzteilnehmer gegenüber einer „konterrevolutionären" Nationalversammlung, gelang es Ebert, die Annahme einer Resolution durchzusetzen, die geeignet war, die zwischen den sozialistischen Lagern bestehenden Differenzen notdürftig zu überdecken. Demnach stimmten die Ländervertreter der Einberufung der verfassunggebenden Versammlung zu und beauftragten die Regierung mit deren Vorbereitung. Mit diesem Beschluß war die Reichsleitung nunmehr formal in die Lage versetzt, die erforderlichen Maßnahmen für die Durchführung der Wahlen in die Wege zu leiten. Lediglich den Charakter eines verbalen Zugeständnisses hatte dagegen die Erklärung des Kommuniques, die Räte seien bis zum Zusammentritt der Konstituante die „Repräsentanten des Volkswillens".[18]

Bereits am folgenden Tag legte Hugo Preuß, der seit dem 15. November das Reichsamt des Inneren leitete, dem Kabinett einen von seiner Behörde erstellten Entwurf einer Wahlordnung vor, dessen entscheidende Beratungen im Rat der

15 Zur Einladung: Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Stenographische Berichte, Berlin 1919, Neudr. Berlin 1975 (2. Aufl.), S. IV; G. *Ritter* / S. *Miller* (Hg.), Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente (TB-Ausgabe), Frankfurt 1983 (2. Aufl.), S. 121f.; s.: *Materna*, Anm. 11, S. 135ff.

16 Scheidemann: RVB (wie Anm. 12), S. 136, Anm. 7; dazu: *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 785.

17 Zur Reichskonferenz, u. a.: RVB (wie Anm. 12), S. 152ff.; Ernst *Kittel*, Novemberumsturz 1918. Bemerkungen zu einer vergleichenden Revolutionsgeschichte der deutschen Länder, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 104/1968, S. 42ff., bes. S. 77f.; *Tormin*, Zwischen Rätediktatur ..., S. 79; F. L. *Carsten*, Revolution in Mitteleuropa 1918/19, Köln 1973, S. 106.

18 S. RVB (wie Anm. 12), S. 199; auch: UuF, Bd. 3, S. 27; WKBl. Nr. 276, 28. 11. 1918; dazu: *Tormin*, Zwischen Rätediktatur ..., S. 79; *Kolb*, Arbeiterräte, S. 132; *Kittel*, Anm. 17, S. 77; *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 790f.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Volksbeauftragten am 29. November stattfanden.[19] Dabei kam es vor allem hinsichtlich des Wahltermins, für den das Reichsamt den 2. Februar 1919 vorgesehen hatte, zu Meinungsverschiedenheiten. Die Unabhängigen – mit Ausnahme von Emil Barth – stimmten schließlich jedoch einem Kompromiß zu, nach dem die Wahlen am 16. Februar stattfinden sollten, vorausgesetzt, der bevorstehende Reichsrätekongreß erteilte hierzu sein Einverständnis.[20] Insbesondere war es wohl die Drohung Landsbergs, die Sozialdemokraten sähen sich außerstande, weiterhin die Regierungsverantwortung mitzutragen, falls die Unabhängigen nicht zu einer sofortigen Terminfestsetzung bereit seien, die die USPD-Volksbeauftragten veranlaßte, den Kompromißvorschlag anzunehmen.[21]

Am 30. November wurde die neue Wahlordnung der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Sie sah die Abänderung des alten Mehrheitswahlrechts des Reichstags in ein praktisch reines Verhältniswahlrecht vor; der Kreis der Wahlberechtigten erfuhr eine erhebliche Erweiterung, indem einerseits das Wahlalter auf 20 Jahre herabgesetzt wurde und andererseits fortan auch die Frauen wahlberechtigt sein sollten. Ferner wurde eine Neuordnung der Wahlkreiseinteilung vorgenommen, da die bisherige Einteilung des Reichsgebiets in 397 Wahlkreise für das neue Verhältniswahlsystem unbrauchbar geworden war. Es wurden nun mehrere der alten Wahlkreise zu 37 Großwahlkreisen zusammengefaßt. Nach dieser Neuregelung gehörte Warburg zum 1, 9 Mio. Einwohner zählenden Wahlkreis 17, der die Regierungsbezirke Minden und Münster, den zur Provinz Hessen-Nassau gehörenden Kreis Schaumburg sowie die beiden Lippe umfaßte.[22]

Praktisch war mit der Veröffentlichung der neuen Wahlverordnung das Ringen um die Nationalversammlung bereits entschieden, zumal auch sehr bald feststand, daß die Delegiertenwahlen zum Rätekongreß eine sichere Mehrheit für die SPD erbringen würden. Denn von den insgesamt 490 Delegierten, die sich in Berlin zusammenfanden, waren annähernd 60% Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. Dagegen hatten die Linkssozialisten eine empfindliche Niederlage hinnehmen müssen, die im Hinblick auf das verfassungspolitische Ergebnis des Kongresses als bedeutsame Vorentscheidung gewertet werden kann. Selbst die prominenten Führer des Spartakusbundes, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, hatten kein Mandat erlangen können und mußten die viertägigen Verhandlungen von der Pressetribüne aus verfolgen.[23]

19 Entwurf der Wahl-VO: RVB (wie Anm. 12), Nr. 35a, S. 333ff.; die Beratungen des Entwurfs: ebd., S. 224ff.

20 S. ebd., S. 229.

21 V. a.: *Miller*, Anm. 1, S. 112f.

22 S. Reichsgesetzblatt (= RGBl.) 1918, Nr. 167, S. 1345ff.; im WKBl. Nr. 300, 28. 12. 1918 als Bekanntmachung des Wahlkommissars v. Bergen (Minden) veröffentlicht; Bekanntgabe der Wahlkreiseinteilung: WKBl. Nr. 2, 3. 1. 1919; zum neuen Wahlrecht: A. *Milatz*, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965, S. 29ff.; auch: *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 793f.; Helmut *Heiber*, Die Republik von Weimar, München 1980 (13. Aufl.), S. 31.

23 Zusammensetzung und Verhandlungen des Kongresses: Allgem. Rätekongreß, bes. S. 198ff.; *Carsten*, S. 109f.; *Kolb*, Arbeiterräte, S. 133 u. S. 198ff.; *Tormin*, Zwischen Rätediktatur..., S. 94ff.; *Materna*, Anm. 11, S. 151ff.; A. J. *Ryder*, The German Revolution of 1918, Cambridge 1968, S. 180ff.; *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 828ff.; *Heiber*, Anm. 22, S. 25ff.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Die den Rätekongreß beherrschende Frage „Räterepublik" oder „parlamentarische Demokratie" kam bereits in den Begrüßungsansprachen von Friedrich Ebert und Richard Müller unüberhörbar zum Ausdruck; sie zeigten deutlich, wie starr und festgefahren die Positionen waren.[24] Die Grundsatzentscheidung fällten die Delegierten schließlich am dritten Sitzungstag, nachdem der Vertreter des rechten SPD-Flügels Cohen-Reuß ein Plädoyer für die Nationalversammlung gehalten[25] und Däumig in seiner Gegenrede vom Kongreß das Votum für das Rätesystem gefordert hatte.[26] Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag Cohens, die Wahlen zur Konstituante auf den 19. Januar 1919 festzusetzen, mit 400 gegen 50 Stimmen angenommen. Däumigs Antrag, am Rätesystem festzuhalten, erteilten die Delegierten hingegen eine deutliche Absage; das Abstimmungsergebnis offenbarte jedoch, daß auch einige Befürworter der parlamentarischen Demokratie nicht willens waren, dem Rätegedanken den endgültigen Todesstoß zu versetzen; nach ihrer Auffassung sollten die Räte neben der Nationalversammlung weiterbestehen.[27]

Die verfassungspolitische Grundsatzentscheidung des Kongresses, in der Literatur vielfach als „Selbstentmachtung" der Räte gewertet, wurde in bürgerlichen Blättern wie dem „Warburger Kreisblatt" mit Genugtuung aufgenommen und den Lesern mit großen Lettern verkündet; mithin handelte es sich um einen „Sieg" des Bürgertums über den Versuch der Linksradikalen, eine „proletarische" Klassenherrschaft zu errichten.[28]

Noch bevor definitiv feststand, daß sich die Mehrheit der Räte für die parlamentarisch-demokratische Regierungsform entscheiden würde, hatte der Mindener Regierungspräsident von Campe[29] am 13. Dezember in einer Ansprache die Beamten seines Bezirks ermahnt, bei der Handhabung des Wahlgeschäfts „völlige Unparteilichkeit" walten zu lassen. An die Bevölkerung richtete er zugleich den Appell, „die Freiheit der Wahl nicht zu stören", denn Wahlen, „die nicht völlig frei sind", verfehlten ihren Zweck, nämlich die „wahre Volksstimmung" in Erfahrung zu bringen, aus der einzig und allein die staatliche Ordnung kommen könne, „von der unsere Existenz als Volk abhängt". Des weiteren verkündete der Regierungspräsident, Meinungs- und Pressefreiheit seien garantiert und es stehe jedem Bürger offen, hiervon Gebrauch zu machen und sich „frei zu jeder politischen Richtung" zu bekennen.[30] Aus der Tatsache, daß diese Kundge-

24 S. Allgem. Rätekongreß, Sp. 3f. u. Sp. 13ff.

25 S. ebd., Sp. 209ff., bes. Sp. 224.

26 S. ebd., Sp. 226ff.; zu den Referaten: *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 845ff.; *Tormin*, Zwischen Rätediktatur..., S. 97ff.; *Materna*, Anm. 11, S. 156ff.

27 Dazu u. a. Walter *Tormin*, Die Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik bis zu Eberts Tod, in: *ders.* (Hg.), Die Weimarer Republik, Hannover (13. Aufl.) 1977, S. 81-135, bes. S. 88; *Kolb*, Arbeiterräte, S. 199; H. *Schulze*, Weimar, Berlin 1982, S. 176f.; *Ruge,* Anm. 5, S. 97f.

28 S. WKBl. Nr. 295, 20. 12. 1918.

29 Sur Person des RP v. Campe, s.: D. *Wegemann*, Die leitenden staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen 1815-1918, Münster 1969, S. 257, auch S. 140f.

30 Staatsarchiv Detmold (= StAD) M2 (= Warburg: Reichstagswahlen 1866-1923) Nr. 559: Ansprache des RP v. 13. 12. 1918; auch abgedruckt im WKBl. Nr. 295, 20. 12. 1918.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

bung bereits einige Tage vor dem Zusammentritt des Reichsrätekongresses und dessen Votum für den Parlamentarismus erfolgte, läßt sich m. E. ablesen, daß von Campe dem Räteentscheid keine übermäßig große Bedeutung beimaß; für ihn war in erster Linie die Entscheidung des Reichskabinetts maßgebend. Im Bereich des Spekulativen muß freilich die Antwort auf die Frage bleiben, wie der Mindener Regierungspräsident und mit ihm die hohen Beamten des alten Regimes, die aufgrund der Aufforderung des Rats der Volksbeauftragten weiteramtierten, auf eine anderslautende Entscheidung der Räte reagiert hätten; es erscheint zumindest fragwürdig, ob sie widerstandslos die verfassungsmäßige Installation eines Rätesystems hingenommen hätten.

2. *Der Aufmarsch der Parteien in Warburg*

Mit der Entscheidung der Räte für die Durchführung der Wahlen war zugleich der Startschuß für das Ringen der Parteien um die Mandate gefallen. Trotz mannigfacher Schwierigkeiten entbrannte überall im Reich ein überaus reger Wahlkampf – so auch in der Kreisstadt Warburg: Hier war der Aufmarsch der Parteien und deren Werben um die Wählergunst nach Aussagen des Landrats Freiherr von Schorlemer[31] ein „bedeutend lebhafterer wie bei den früheren Reichstagswahlen". Diesen Umstand führte der Landrat in seiner Wahlanalyse „weniger auf die Einführung der Verhältniswahl, als auf die Einführung des Frauenwahlrechts und die Zeitumstände" zurück.[32]

Erstmals waren die Frauen an die Urnen gerufen, und es stand außer Frage, daß ihre Stimmen für den Wahlausgang den Ausschlag geben konnten. Wie aber war es um die politische Bildung der Frauen bestellt, inwieweit war diese neue Wählergruppe, die man bislang vom politischen Willensbildungsprozeß ausgeschlossen hatte, über das Wahlrecht und das Wahlverfahren aufgeklärt?

Diese Frage beschäftigte offenbar die Redakteure des „Warburger Kreisblattes", die bald nachdem der Rat der Volksbeauftragten das Frauenwahlrecht proklamiert hatte, unter der Überschrift „Die Frau hat das Wort" eine Aufklärungskampagne startete. Das Blatt wurde in der Folgezeit nicht müde, die Wählerinnen auf ihre neue Aufgabe vorzubereiten, sie auf die Bedeutung ihrer Wahlentscheidung hinzuweisen, auf die „besondere Verantwortung", die auf ihnen laste,

31 Ferdinand Frh. v. Schorlemer: geb. Lippstadt 3. 12. 1870 – gest. Marquartstein 21. 7. 1935; Jurastudium seit 1889 in Lausanne, Berlin und Kiel; verwaltungsjuristische Laufbahn; 1902 Ernennung zum Reg. Ass.; 1906 Berufung zum komm. LR nach Warburg; seit 1906 Vorsitzender der Kreisstelle des Roten Kreuzes und des Landwirtschaftlichen Kreisvereins; 13. 3. 1907, nach Verzicht des Kreistags auf Präsentationsrecht, definitive Ernennung zum LR von Warburg; 1914 vom Kreistag in den Provinziallandtag und die westfälische Landwirtschaftskammer gewählt; 1920-1927 Reg. u. OReg. R. am Landesfinanzamt Münster; 1927-1932 Direktor des Landesfinanzamtes; Schorlemer war Mitglied der Zentrumspartei; vgl.: *Wegemann*, Anm. 29, S. 328f. u. Warburger Kreis-Kalender 1922, Warburg 1921 (mit weiteren Angaben zur Person).

32 StAD M2 Nr. 559: LR an RP v. 28. 1. 1919 – in diesem Bericht analysiert der LR die Wahlergebnisse und äußert Verbesserungsvorschläge für künftige Wahlen.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

und sie schließlich unter der Parole *„Frauen! Lernt wählen"* über das richtige Ausfüllen des Stimmzettels zu informieren.[33]

Nicht zu unterschätzende Aufklärungsarbeit leisteten aber auch die politischen Parteien, die sich allesamt bemühten, das durch das neue Wahlrecht erschlossene Wählerpotential zu mobilisieren und für sich zu gewinnen. Wie noch zu zeigen sein wird, standen dabei die Frauen im Vordergrund der Wahlpropaganda, wobei man sich zunächst auf deren Bedürfnisse, Wünsche und Probleme einstellen mußte. Immerhin war das Werben um die Gunst der Wählerinnen für die Parteien Neuland, auf dem sich zu bewegen, man erst lernen mußte.

Hinsichtlich des in Warburg ausgetragenen Wahlkampfes ist es von besonderem Interesse zu verfolgen, wie sich das Zentrum, das zeitweilig unter dem Namen „Christliche Volkspartei" auftrat, auf die veränderten politischen Verhältnisse einstellte und mit welchen programmatischen Forderungen sich die Partei in einer ihrer Hochburgen zu profilieren suchte.[34]

Nach anfänglicher Orientierungslosigkeit, bedingt durch den „Schock des 9. November" sowie durch das Fehlen einer einheitlichen Parteiführung, gelang es der vormals monarchisch eingestellten Zentrumspartei vergleichsweise schnell, wieder Boden unter den Füßen zu bekommen und den Anspruch auf ein Mitgestaltungsrecht bei der Neuordnung Deutschlands geltend zu machen.[35] Dies kam bereits in den ersten Aufrufen zum Ausdruck, mit denen sich eine Gruppe Berliner „Aktiver", deren Führung alsbald Matthias Erzberger übernahm, seit dem 13. November an die Parteianhänger bzw. „Wähler in Stadt und Land" wandte.[36] In einem ersten beschwörenden Appell wurden sie aufgefordert, für Ruhe, Sicherheit und Ordnung einzutreten und abzuwarten, bis die Partei „alle, die sich zu ihren Grundsätzen bekennen", an die Wahlurnen rufen werde. Darüber hinaus ermunterten die Verfasser des Aufrufs unter der Aufforderung „Schließt euch von der Arbeit für öffentliche Einrichtungen nicht aus" die Anhängerschaft zur Mitarbeit in lokalen Räteorganisationen, womit man die Absicht verfolgte, dieses Terrain nicht allein den sozialistischen Gruppierungen zu überlassen.

Seit Mitte November gelang es der Partei, an verschiedenen Stellen des Reiches wieder einflußreich in Erscheinung zu treten und in zahlreichen Aufrufen und lokalen Kundgebungen ihre Forderungen zu artikulieren. So beispielsweise in einem Aufruf, der am 18. November im „Warburger Kreisblatt" zur Veröffentlichung gelangte, aus dem hervorgeht, daß das Zentrum die durch die Revo-

33 S. im WKBl. Nr. 268, 18. 11. 1918; Nr. 281, 4. 12. 1918 und Nr. 282, 5. 12. 1918.

34 S. Rudolf *Vierhaus*, Wahlen und Wählerverhalten in Ostwestfalen und Lippe 1867-1912/13, in: Westfälische Forschungen 21/1968, S. 54-68, bes. S. 60, der darauf hinweist, daß das Zentrum in Ostwestfalen eine Art „Monopolstellung" innehatte.

35 Dazu: R. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966, S. 79ff.; auch: J. *Becker*, Die Deutsche Zentrumspartei 1918-1933, in: aus politik und zeitgeschichte, 18/1968, B11, S. 3-15.

36 S. in: WKBl. Nr. 266, 15. 11. 1918 („Die erste bürgerliche Kundgebung"); dazu: *Morsey*, Anm. 35, S. 90.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

lution geschaffenen politischen Verhältnisse als gegeben hinnahm, die Mitarbeit bei der Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Ordnung verlangte und unter Hinweis auf die „bolschewistische Gefahr" die baldige Wahl einer Nationalversammlung forderte.[37]

Die wiedererwachte Partei sah sich nun in programmatischer Hinsicht vor die Aufgabe gestellt, den gewandelten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Frühzeitig setzte eine lebhafte Diskussion hierüber in den verschiedenen Organisationen der Partei ein, und schließlich einigte sich am 20. November die Berliner Führung auf neue Parteileitsätze, nachdem bereits am Vortag die rheinische Zentrumspartei in Köln einen Programmentwurf verabschiedet hatte.[38] Während indes der Kölner Entwurf von seiner Intention her auf eine „Umgestaltung" abzielte, ging es den Berlinern um eine „zeitgemäße Erneuerung des (alten) Zentrums".[39] Im Bereich der Innenpolitik forderten sie einen „von starkem Nationalbewußtsein getragenen Volksstaat", die „schleunige Einberufung" der Nationalversammlung sowie die Garantierung von Meinungs-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Die Leitsätze sprachen sich ferner in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht für die „grundsätzliche Erhaltung des Privateigentums auch an Produktionsmitteln" aus; zugleich aber – und hierin versuchte man den Forderungen der Zeit gerecht zu werden – faßte die Partei den Ersatz der „privatwirtschaftlichen Monopole" durch eine „gemein-wirtschaftliche Ordnung" ins Auge. Wie weit jedoch die Berliner Leitsätze hinter den Reorganisationsbestrebungen des rheinischen Landesverbandes zurückblieben, zeigt sich vor allem darin, daß der Kölner Entwurf die Enteignung des Großgrundbesitzes sowie die Einziehung aller Kriegsgewinne anstrebte, wohingegen die Berliner Parlamentarier lediglich die steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne forderten, von einer Enteignung allerdings nichts wissen wollten.[40]

Unter dem Stichwort „Kulturpolitik" fand sich in den Leitsätzen schließlich auch die ausdrückliche Forderung nach Beibehaltung der „konfessionellen Volksschule" und der Freiheit aller kirchlichen Körperschaften. Die Festschreibung dieser Forderung ist sicherlich auch als Reaktion auf die neu entfachte „Kulturkampfstimmung" insbesondere in Preußen zu werten; sie richtete sich gegen die Bestrebungen des preußischen Kultusministers Adolf Hoffmann, die auf eine Trennung von Staat und Kirche sowie auf eine Beseitigung des kirchlichen Einflusses im schulischen Bereich abzielten, und die im Rheinland und in Westfalen auf heftigen Widerstand stießen sowie das Aufkommen separatistischer Bestrebungen förderten.[41]

37 S. WKBl. Nr. 268, 18. 11. 1918; zu den Aufrufen des Zentrums: *Morsey*, Anm. 35, S. 91f. u. S. 97f.

38 Zur Kölner Programmdiskussion: *Morsey*, Anm. 35, S. 99ff.

39 *Morsey*, Anm. 35, S. 106; zu den Berliner Leitsätzen: *ebd.*, S. 104ff.; abgedruckt in: s.: WKBl. Nr. 273, 25. 11. 1918.

40 S. *Morsey*, Anm. 35, bes. S. 106.

41 Zur Kulturkampfstimmung u. Separatismus: E. *Schulte*, Münstersche Chronik zu Novemberrevolte und Separatismus 1918, Münster 1936, S. 132ff.; auch: H. *Müller*, Der deutsche Katholizismus

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Die neuen Parteileitsätze, die der am 26. November 1918 in Hamm tagende westfälische Provinzialausschuß des Zentrums als brauchbare Grundlage für ein endgültiges Programm billigte,[42] wurden den Warburgern in einer Parteiveranstaltung vorgestellt, zu der die Kreisorganisation zum 24. November geladen hatte.[43] Auf dieser gut besuchten Kundgebung, die der Direktor der Ackerbauschule Heinrich Fuest im Namen des lokalen Vorstandes eröffnete, trug der Landtagsabgeordnete Bartscher aus Iserlohn die Haltung des Zentrums zur „neuen Lage" vor. Gemäß seinen Ausführungen stellte sich die Zentrumspartei auf den Boden der durch die Revolution geschaffenen Tatsachen, jedoch nicht ohne zugleich zu betonen, daß sie den „jetzigen Zustand nur als Zwischenstufe" ansehe. Von der Revolutionsregierung, die sich „lediglich auf Gewalt" stütze, verlange das Zentrum, daß sie „nichts ändert bevor die Nationalversammlung gesprochen hat". Die Partei wende sich ferner auf das Entschiedenste gegen eine „Diktatur Liebknechts" und fordere, daß „Männer aller Parteien in die Regierung aufgenommen werden" sollten. Denn, so erläuterte Bartscher, alle Stände seien gleichberechtigt, „am Wohl des Vaterlandes" mitzuwirken; nicht die „Klassenherrschaft", sondern allein das Zusammenwirken aller Volksschichten sei geeignet, „unser Vaterland, das aus tausend Wunden blutet, zu neuem Leben zu bringen". Für die baldige Einberufung der verfassunggebenden Versammlung spreche aber auch, daß die Siegermächte nicht bereit seien, mit der gegenwärtigen Regierung Frieden zu schließen, da diese nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen sei und sich folglich nicht als Vertretung des deutschen Volkes betrachten könne. Sodann wies der Abgeordnete auf die „ungeheure Verantwortung" hin, die jeder Staatsbürger – sowohl Männer als auch Frauen – bei den Wahlen zu tragen habe, zumal die Nationalversammlung nur einmal zusammentrete, um über die wichtigsten Fragen der nahen Zukunft grundlegende Entscheidungen zu fällen.

Anschließend trug Bartscher die sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen seiner Partei vor: Gewährleistung der „Unantastbarkeit des Privateigentums", keine Annullierung der Kriegsanleihen, sondern sozial gerechte Steuern unter Schonung der Minderbemittelten; eine Vermögensabgabe werde in Erwägung gezogen, die aber keineswegs dergestalt sein dürfe, „daß jeder Lust und Liebe zum Produzieren verliere"; darüber hinaus müßten freier Handel sowie die Arbeitsbeschaffung für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer gefördert werden. Mit Entschiedenheit wandte sich der Zentrumsabgeordnete gegen die Vergesellschaftung großer Betriebe, wie dies von der Sozialdemokratie angestrebt werde; er verschwieg in diesem Zusammenhang allerdings, daß auch die Berliner Leitsätze seiner Partei „privatwirtschaftliche Monopole" durch eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung" ersetzt wissen wollten.

1918/19, in: GWU 17/1966, S. 521-536, bes. S. 528f.; P. *Klein*, Separatisten an Rhein und Ruhr, Berlin 1961.

42 Dazu: *Schulte*, Anm. 41, S. 166f.; Morsey, Anm. 35, S. 108, auch S. 100f. zur Diskussion um eine Änderung des Namens.

43 S. das Inserat im WKBl. Nr. 271, 22. 11. 1918.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Im Rahmen der kulturpolitischen Forderungen des Zentrums äußerte sich Bartscher sodann zu den Absichten der Regierung, eine Neuregelung des Verhältnisses von Staat, Kirche und Schule in Angriff nehmen zu wollen. Solche Bestrebungen wies er nachdrücklich zurück; grundlegende Entscheidungen in dieser Frage müßten auf jeden Fall der Nationalversammlung vorbehalten bleiben, denn schließlich gehe es „um die Erhaltung des religiösen Einflusses in der Schule – oder Ausschaltung".

Der Einführung des Frauenwahlrechts trug Bartscher insofern Rechnung, als er zu den Frauen gewandt die Ansicht vertrat, es müsse ihnen sicherlich sonderbar vorkommen, daß sie nun mit einem Male in der politischen Arena in Erscheinung treten sollten. Er wies sie darauf hin, daß es seit der Einführung des Verhältniswahlrechts auf jede Stimme, also auch auf die der weiblichen Wähler, ankomme, und forderte sie auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.[44]

Im Anschluß an diese Darlegungen nahm die Versammlung eine sieben Punkte umfassende Resolution an,[45] in der einerseits der Revolutionsregierung Anerkennung und Unterstützung bei der Erhaltung von Ruhe und Ordnung zugesichert wurde, andererseits aber die baldige Beseitigung der „Klassenherrschaft" und deren Ersatz durch eine „rechtmäßige, dem Willen des gesamten deutschen Volkes entsprechende Volksregierung" verlangt wurde. Ferner fand sich in der Entschließung die massive Drohung, die Zentrumspartei werde „ein selbständiges politisches Vorgehen der vereinigten Provinzen Rheinland und Westfalen" in Erwägung ziehen, falls irgendeine Berliner Regierung sich anschicken sollte, sich über den „Willen des gesamten Volkes" hinwegzusetzen – eine Drohung, die sich insbesondere auf „Verstösse gegen die jetzige staatskirchenrechtliche Verfassung und gegen die konfessionelle Volksschule" bezog.

Die Zentrumsorganisation Warburgs lud sodann für den 15. Dezember die männliche Bevölkerung der Stadt zu einer „wichtigen" Versammlung, über deren Verlauf allerdings keine Aussagen möglich sind, da ein Bericht des „Kreisblattes" hierüber nicht vorliegt. Dem Einladungsinserat, in dem um zahlreiches Erscheinen gebeten und zur regen Beteiligung an der Parteiarbeit aufgefordert wurde, läßt sich aber entnehmen, daß vornehmlich Fragen der Parteireorganisation Gegenstand der Erörterung sein sollten. Es hieß dort unter anderem: „Die veränderten politischen Verhältnisse fordern eine Neuorganisation der Partei auf breitester Grundlage, aber auch die Mitarbeit der Parteifreunde im weitesten Umfange." Daß dabei auch an die Mitarbeit der Frauen gedacht wurde, geht aus der Ankündigung hervor, für sie werde eine „besondere" Versammlung zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.[46]

Mit der Verabschiedung der „Leitsätze für die Politik des neuen Zentrums" durch den Ende Dezember in Frankfurt/M. tagenden Reichsparteiausschuß

44 Bartschers Referat, s. den Bericht im WKBl. Nr. 274, 26. 11. 1918.

45 S. *ebd.*; vgl. dazu die am 17. 11. 1918 in Paderborn angenommene Resolution des Zentrums: Johann A. *Cohausz*, Die Novemberrevolution 1918/19 in Paderborn und das katholische Rätedenken, in: Westfälische Zeitschrift 126/127, 1976/77, S. 387-438, Anhang 16, S. 435f.

46 S. WKBl. Nr. 289/290, 13./14. 12. 1918.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

fand die Diskussion einer programmatischen Neuorientierung innerhalb des Zentrums einen vorläufigen Abschluß. Die Leitsätze, die nur einen provisorischen Charakter hatten und in erster Linie als Basis für eine Neufassung des Parteiprogramms dienen sollten, waren das Resultat eingehender Beratungen zwischen Vertretern des rheinisch-westfälischen sowie des Berliner Zentrums, die bereits am 20. Dezember stattgefunden hatten.[47] Die gegenüber den Programmentwürfen des November wichtigsten neuen Forderungen der Partei waren in einem gesonderten Kapitel unter dem Stichwort „Verfassung" aufgeführt. Insbesondere wurde hier die Wahrung der Reichseinheit sowie des bundesstaatlichen Charakters postuliert; dem Bundesrat sollte die Zuständigkeit für kirchen- und schulpolitische Fragen zuerkannt werden. Gefordert wurde die Zusammenarbeit mit allen „anschlußbereiten deutschen Stämmen", eine Beteiligung der Beamten durch selbstgewählte Ausschüsse und Kammern an der „würdigen" Ordnung ihrer Dienstverhältnisse sowie die Einführung der Wahlpflicht in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden. Die Leitsätze zur Innenpolitik standen ganz im Zeichen eines demokratischen Neuaufbaus Deutschlands auf allen Gebieten, wobei sich hier – nicht zuletzt durch die jüngste politische Entwicklung mitbeeinflußt – einige alte Forderungen des Zentrums in erweiterter oder präzisierter Form wiederfanden. So wurde eigens eine „gleichmäßige Berücksichtigung der Angehörigen und Anstalten der verschiedenen Glaubensbekenntnisse auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens" verlangt. Ausdrücklich wurde der „entarteten Kunst und einer verkommenen Literatur" der Kampf angesagt. Schließlich forderte die Partei die Sicherung eines „genügenden Religionsunterrichts" an allen Schulen sowie die Gewährleistung der Freiheit des Unterrichts und der Wissenschaft. In wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht wurde die Förderung mittelständischer Berufsgruppen hervorgehoben. Ersatzlos gestrichen wurde demgegenüber die Forderung des Kölner-Programmentwurfs nach entschädigungsloser Enteignung des Großgrundbesitzes sowie die Überführung „privatwirtschaftlicher Monopole" in eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung", wie sie in den Berliner Leitsätzen ins Auge gefaßt worden war. Die neuen Leitsätze sprachen sich vielmehr für die „grundsätzliche Erhaltung der auf persönlichem Eigentum beruhenden, nach dem Solidaritätsprinzip dem Gemeinwohl der Gesellschaft untergeordneten Privatwirtschaft" aus und wandten sich nun ausdrücklich gegen jedwede Entwertung der Kriegsanleihen.[48]

Die programmatischen Grundgedanken zur Sozial- und Wirtschaftspolitik, die Idee der Klassensolidarität und des sozialen Ausgleichs, entsprachen durchaus den Forderungen der Zeit. Insbesondere von einem Aufgreifen der „sozialen Frage" versprach sich die Partei einen leichteren Übergang zur neuen staatlichen Ordnung, vor allem aber erhoffte man sich einen Zustrom von Wählern aus den Reihen der Christlichen Gewerkschaften. Auf diese Weise hoffte man ein Ab-

47 Zu den Beratungen, s.: *Morsey*, Anm. 35, S. 128ff.; die Leitsätze: UuF, III, S. 197-199; auch: WK-Bl. Nr. 12, 16. 1. 1919.

48 Dazu: *Morsey*, Anm. 35, S. 130f.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

wandern der Arbeiterwähler ins sozialistische Lager verhindern und die überaus heterogene Wählerschaft des Zentrum auf einen gemeinsamen Nenner bringen zu können.[49]

Veröffentlicht wurden die Parteileitsätze zusammen mit einem vom ehemaligen parlamentarischen Staatssekretär Gröber unterzeichneten Aufruf, in dem von der „neuen Ordnung" die Rede war, die in eine „demokratische Republik" überführt werden müsse. Damit war die für viele Katholiken noch offene und quälende Frage einer etwaigen Wiederherstellung der Monarchie abschlägig beantwortet, der Bruch mit dem monarchischen System, dem die Partei bis zuletzt die Treue gehalten hatte, nun endgültig vollzogen, auch wenn die Leitsätze diese Frage konsequent ausgeklammert hatten.[50]

Nachdem das „Kreisblatt" am 31. Dezember die Kandidatenliste des Zentrums für den neugebildeten Wahlkreis 17 veröffentlicht hatte, auf der sich auf wenig aussichtsreichem zwölftem Rang der Name des Warburger Schuldirektors Heinrich Fuest fand,[51] eröffnete die Partei in der Bördestadt am 6. Januar 1919 die „heiße Phase" ihres Wahlkampfes mit einer Doppelveranstaltung.[52] Zunächst bestritt am frühen Nachmittag dieses Tages die Oberlehrerin Brockmann aus Paderborn eine speziell für die „Frauen und Jungfrauen" angesetzte Versammlung, auf der Themenbereiche angeschnitten wurden, von denen anzunehmen war, daß sie das Interesse der weiblichen Zuhörerschaft finden würden. So legte die Rednerin die Haltung ihrer Partei zu Ehe, Familie, Jugend, Erziehung, Schule und Religion, Staat und Kirche dar; ferner schnitt sie Fragen wie die Vertretung von Fraueninteressen durch Frauen an und betonte die Notwendigkeit der Beteiligung der Frauen an den bevorstehenden Wahlen. Ihre Ausführungen schloß die Wahlkämpferin mit der bildhaft-pathetischen Aufforderung, „dem Kinde von Bethlehem die Treue zu bewahren", was wohl nur heißen konnte, der Partei die Stimme zu geben, die sich gemäß ihrem Wahlprogramm für die Wahrung christlicher Grundsätze einsetzen wollte.

Weit mehr Interesse als diese Wählerinnenversammlung fand allerdings die „meisterhaft angelegte Rede" des Paderborner Rechtsanwalts Aufenberg, der in der anschließenden Männerveranstaltung die politischen Forderungen und Ziele des Zentrums vortrug. Seine Darlegungen ließen eindeutig das Bestreben der Zentrumspartei erkennen, unter allen Umständen eine absolute Mehrheit der sozialistischen Parteien zu verhindern, die unter dem Eindruck des verlorenen Krieges und der revolutionären Umwälzung allgemein als sicher angesehen wurde. Es ging Aufenberg vor allem darum, die Glaubwürdigkeit und politische Kompetenz der Sozialdemokratie, für die – wie er ausdrücklich hervorhob – im-

49 S. ebd., S. 131f.

50 Aufruf des Zentrums: UuF, III, S. 196; dazu der Kommentar der „Köln. Volksztg." bei: *Schulte*, Anm. 41, S. 14f.; zum Aufruf auch: *Morsey*, Anm. 35, S. 132f.

51 S. WKBl. Nr. 302, 31. 12. 1918; auch: Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 23. Jg./1919, Ergänzungsheft 1: Die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Jan. 1919, S. 47.

52 S. die Einladung zur Zentrumsversammlung: WKBl. Nr. 3, 4. 1. 1919; Bericht über die Veranstaltungen: ebd., Nr. 4, 7. 1. 19.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

mer noch das Erfurter Programm von 1891 Geltung habe, in Frage zu stellen. Ausführlich wies er Widersprüche innerhalb der SPD nach, um den Versammelten recht eindringlich vor Augen zu führen, daß man eine solche Partei einfach nicht wählen könne. Anders stehe dagegen das Zentrum mit seinem neuen Programm da: dieses, so verkündete der Redner nicht ohne Stolz, könne sich „besonders in wirtschaftlicher Hinsicht" durchaus sehen lassen.[53]

Ein wesentliches Wahlziel des Zentrums bestand also darin, dem Zustandekommen einer Mehrheit der Sozialisten in der Nationalversammlung entgegenzuwirken. In diesem Bestreben ist auch ein Motiv dafür zu sehen, warum die Partei in der Hälfte aller Wahlkreise Listenverbindungen mit den übrigen bürgerlichen Parteien einging und diese bei der Wahlagitation überaus schonungsvoll behandelte. Unter dem Motto des Zentrums „Getrennt marschieren, vereint schlagen"[54] stand dementsprechend auch die bürgerliche Listenverbindung im Wahlkreis 17. Wie das „Warburger Kreisblatt" am 2. Januar 1919 seinen Lesern mitteilte, ging der Vorschlag, die Wahllisten der bürgerlichen Parteien für verbunden zu erklären, vom Landesverband der Deutschnationalen Partei (DNVP) aus; seine Annahme von seiten des Vorstandes der westfälischen Zentrumspartei erfolgte, nachdem bekannt wurde, daß auch die Parteien der Linken, SPD und USPD, eine Listenverbindung vereinbart hatten.[55]

„Gegen Klassenverhetzung und Anarchie" – so lautete in unterschiedlichen Variationen die Parole auf den Wahlplakaten des Zentrums; für die Wiederherstellung des Rechtsstaates und gegen den „Saustall der Revolution" (Pfeiffer) bestritt die Partei allerorts ihren Kampf um die Mandate und suchte die Anhängerschaft unter dieser Formel zum gemeinsamen Abwehrkampf zu vereinen.[56] In ihrer Agitation wurde die Zentrumspartei dabei von verschiedener Seite unterstützt, wobei die nicht zu unterschätzende Schützenhilfe hervorzuheben ist, die der katholische Klerus, traditioneller Wahlhelfer der Partei des politischen Katholizismus, aufgrund der „Kulturkampf"-Stimmung in Preußen geradezu mit Begeisterung leistete. Wiederholt richteten die deutschen Bischöfe an die Katholiken die Mahnung, sich an der Wahl zu beteiligen und nur solche Abgeordnete zu wählen, die geeignet und gewillt seien, den gegenwärtigen „gottlosen Bestrebungen" ein Ende zu bereiten.[57] Für das zum Bistum Paderborn gehörende Warburg ist besonders ein gemeinsamer Hirtenbrief der Bischöfe von Köln, Trier, Paderborn, Münster, Osnabrück und Hildesheim vom 8. Januar von Interesse, mit dem diese in massiver Weise das Wahlverhalten der Gläubigen zu beeinflussen suchten. Der Hirtenbrief wandte sich nachdrücklich gegen den christentumsfeindlichen Sozialismus, der in den „Wirrnissen der Gegenwart" in katholische Volkskreise einzudringen versuche. Es gäbe indes zwischen Christentum

53 Nähere Einzelheiten zur Rede Aufenbergs im WKBl. Nr. 4, 7. 1. 19.

54 S. dazu: *Morsey*, Anm. 35, bes. S. 138.

55 S. WKBl. Nr. 1, 2. 1. 1919.

56 Zum Wahlkampf des Zentrums: *Morsey*, Anm. 35, S. 137 u. S. 139

57 So der Kölner EB v. Hartmann, KV Nr. 9, 1. 1. 19, zit. bei: *Morsey*, Anm. 35, S. 133f., s. auch S. 137; auch: *Müller*, Der deutsche Katholizismus, S. 528.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

und Sozialismus nur ein „Entweder-Oder": „Wer den Sozialismus fördert, arbeitet gegen die Religion. (...) Wer zu Christus und seiner Kirche hält, kann es nicht mit dem Sozialismus halten. (...) Ihr kennt jetzt Eure Pflicht und fest vertrauen wir auf Eure katholische Treue."[58]

Doch kehren wir zurück zum Wahlkampf, den das Zentrum in Warburg führte. Er wurde fortgesetzt durch eine Reihe von Veranstaltungen, bei denen der Gladbecker Parteisekretär Stieler vom Rednerpult aus um Stimmen für seine Partei warb.[59]

In einer gut besuchten Wählerversammlung am Abend des 13. Januar 1919 eröffnete Stieler seinen Werbefeldzug mit einer grundsätzlichen Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen und deren Zustandekommen. Er vertrat dabei die Auffassung, die Revolution sei gänzlich „überflüssig" gewesen; eine „gewaltsame Revolution" sei keineswegs erforderlich gewesen, um das alte Regime zu beseitigen, zumal man sich im Oktober 1918 bereits auf dem Weg zu einer „freiheitlichen Volksregierung" befunden habe. Mit dieser eindeutigen Absage an die Revolution und ihrer Errungenschaften verband er zugleich heftige Angriffe gegen die nunmehr rein sozialdemokratische Reichsregierung, die sich nicht auf eine Berufung durch die Mehrheit des Volkes stützen könne und demzufolge zu Unrecht im Amt sei. Sodann sprach er, mit Blick auf die blutigen Ausschreitungen „linksradikaler Fanatiker" in Berlin, von denen auch andere Teile des Reiches erfaßt wurden, von einer „Schreckensherrschaft", die überall drohe, und forderte dazu auf, den bürgerkriegsähnlichen Zuständen ein Ende zu bereiten und allen Versuchen, eine Diktatur zu errichten, entschieden entgegenzutreten. Hierzu sei das Zentrum berufen, das eine Volks- und keine Klassenpartei sei; seine Partei strebe anders als die Linken „einen wahren Volksstaat und eine wahre Volksregierung" an. Auf die sozial- und wirtschaftspolitischen Programmpunkte des „neuen" Zentrums eingehend erläuterte Stieler, man sei an einer „leistungsfähigen Landwirtschaft und blühenden Industrie", zugleich aber auch an einem „starken Mittelstande" interessiert; darüber hinaus setzte sich die Partei für die Erhaltung eines „lebensfähigen Berufsbeamtentums" ein. Alle Schichten aber müßten ein „großes Interesse an einer starken und gesunden Arbeiterschaft" an den Tag legen. Es waren dies die im Frankfurter „Programm" festgeschriebenen Vorstellungen eines „christlichen Solidarismus" (H. Pesch), die der Parteisekretär den Warburgern vermittelte und einem Sozialismus marxistischer Prägung gegenüberstellte. In diesen Zusammenhang gehörte auch das Wahlversprechen, das Zentrum werde sich der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge widmen, die Partei werde sich für eine „gesunde Wohnungsreform, eine großzügige Siedlungspolitik und Innenkolonisation, für schärfste Erfassung der Kriegsgewinne" stark machen. Im Bereich der Kulturpolitik schließlich trete das Zentrum „für eine nationale Volkskultur und gegen

58 Hirtenbrief: *Schulte*, Anm. 41, S. 69, auch S. 100; dazu: *Morsey*, Anm. 35, S. 134; zum Paderborner Bischof Karl-Josef Schulte (1871-1941), s.: *Cohausz*, Anm. 45, S. 414.

59 S. die Einladung im WKBl. Nr. 8, 11. 1. 1919.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

die Einschleppung fremdländischer Sitten" ein. Des weiteren meinte Stieler, daß auch das Bildungs- und Erziehungswesen einer Reform bedürfe; das Zentrum werde in dieser Frage seine Vorstellungen zu verwirklichen trachten. An die Adresse der weiblichen Wählerschaft gerichtet versicherte der Redner, daß seine Partei den „Eintritt der Frau ins politische Leben" begrüße, und zwar nicht nur als Wählerin, sondern auch als aktive Mitarbeiterin. So schloß er seine Ausführungen mit dem eindringlichen Appell: „Wir wollen Wiederaufbau und Pflege des Familienlebens, wir wollen Ordnung statt Anarchie, Gerechtigkeit und Freiheit statt Knechtschaft, wer das will, (...) trete zum Zentrum."[60]

Am 17. Januar 1919, anläßlich der letzten Zentrumsversammlung in Warburg vor dem Wahltermin, stieg Stieler abermals in die Wahlkampfarena. Erneut betonte er die „große Wichtigkeit der Wahl für das deutsche Volk". Es werde sich am Wahltag entscheiden, wie Deutschland fortan regiert werde; es werde die Entscheidung darüber fallen, „ob die christlichen Grundsätze oder die sozialistischen und kapitalistischen Geltung haben sollen", ob Deutschland ein „Volksstaat" werde oder künftig unter der Herrschaft einer Partei stehe.[61]

Hinsichtlich des Wahlkampfes des Zentrums in Warburg kann zusammenfassend festgehalten werden, daß die Partei ihre Wahlagitation weitgehend unbelastet durch die revolutionären Ereignisse bestritt und ihren Werbefeldzug um die Wählergunst mit ungewöhnlichen Elan für die Wiederherstellung des Rechtsstaates und gegen die „Schuldigen" an der Revolution führte, wobei die Linksparteien – ohne daß ein Unterschied zwischen SPD und USPD gemacht wurde – zum „einzigen Feind" des deutschen Volkes abgestempelt wurden. Das vorrangige Wahlziel des Zentrums bestand dementsprechend darin, eine absolute Mehrheit der Linken zu verhindern. Unter diesem Aspekt ist auch die Bereitschaft der Partei zu sehen, mit anderen bürgerlichen Parteien Listenverbindungen zu vereinbaren; diesem Ziel dienten aber auch die intensiven Bemühungen um die Gunst der neuen Wählergruppen, insbesondere der Frauen, über deren ausschlaggebende Rolle bei diesen Wahlen man sich von Anfang an bewußt war.

Am erbitterten Ringen um Stimmen und Mandate in der Kreisstadt beteiligten sich auch die Parteien des Liberalismus: die Deutsche Demokratische Partei (DDP), bei der es sich gemäß S. Neumanns Charakterisierung um eine „echte Parteigründung unter dem Einfluß der Revolution" handelte,[62] und die Deutsche Volkspartei (DVP), deren Kern von Vertretern des rechten Flügels der Nationalliberalen gebildet wurde.

Die Geburtsstunde der DDP ist auf den 16. November 1918 datierbar. An diesem Tag erschien ein Aufruf zur Gründung einer „großen demokratischen Partei für das einige Reich", an dessen Zustandekommen der Chefredakteur des „Berliner Tageblattes" Theodor Wolff sowie Alfred Weber maßgeblichen Anteil

60 Bericht über die Zentrumsveranstaltung im WKBl. Nr. 10, 14. 1. 1919.

61 Bericht im WKBl. Nr. 14, 18. 1. 1919.

62 S. *Neumann*, Die Parteien der Weimarer Republik (1932), Neuauf. Stuttgart 1965, S. 48.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

hatten.[63] Dieser Gründungsappell enthielt einerseits unmißverständliche Absagen an das monarchische System und seine Gesellschaftsordnung; andererseits sah er im Zusammenbruch des Kaiserreichs aber auch den Bankrott der traditionellen politischen Parteien und ihrer Führer. So stellten die Verfasser lapidar fest: „Am 9. November sind die alten Parteiformen zerbrochen. Die lange pietätvoll gehüteten Parteiprogramme sind bedeutungslos geworden." Die führenden Persönlichkeiten, in der Mehrheit ohne Parteizugehörigkeit, die sich hier zu Wort meldeten, hatten bereits während des Krieges öffentlich Kritik am bestehenden System gewagt; darauf konnten sie sich jetzt berufen, und sie taten es, wie Lothar Albertin feststellt, „durch einen Legitimationsanspruch, der frühzeitig die nachrevolutionären Forderungen nichtsozialistischer Kräfte nach Machtbeteiligung anmeldete".[64] Im Gründerkreis ging man davon aus, die neue demokratische Partei könne neben den auf die Machtübernahme nicht vorbereiteten Sozialdemokraten „eine produktive und notwendige Rolle spielen und dem ‚revolutionären' Akt des 9. November durch positive Ziele einer Neugestaltung sowie Erweiterung der sozialen Basis eine historische Perspektive geben".[65] Ihr Ziel war eine grundlegende politische und soziale Neuordnung, wobei die politische Demokratisierung durch einschneidende Maßnahmen im wirtschafts-, sozial- und bildungspolitischen Bereich ergänzt und gefestigt werden sollten.[66]

Der Aufruf enthielt zwar noch kein Programm, doch verpflichtete er die Eintrittwilligen bereits auf gemeinsame „Grundsätze", nämlich: sich für die republikanische Staatsform einzusetzen, für Ordnung, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und politische Gleichberechtigung einzutreten sowie „jeden bolschewistischen, reaktionären und sonstigen Terror" zu „bekämpfen". Darüber hinaus lieferte er die Skizze einer „neuen sozialen und wirtschaftlichen Politik", die mit dem Hinweis eingeleitet wurde, „daß heute nur kühne Mittel helfen können, und daß von allen Besitzenden große Opfer zu fordern sein werden (...)." Im folgenden Forderungskatalog fand sich unter anderem die vage, ein Entgegenkommen gegenüber dem revolutionären Verlangen der Arbeiter- und Soldatenräte darstellende Formulierung, daß es im Zuge einer neuen Sozial- und Wirtschaftspolitik erforderlich sei, „für monopolistisch entwickelte Wirtschaftsgebiete die Idee der Sozialisierung aufzunehmen, die Staatsdomänen aufzuteilen und zur Einschränkung des Großgrundbesitzes zu schreiten, damit das Bauerntum gestärkt und vermehrt werden kann".[67]

63 Zum Aufruf der DDP: UuF, III, S. 173ff.; auch: WKBl. Nr. 269, 19. 11. 1918; dazu: W. *Stephan*, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933, Göttingen 1973, S. 33ff.; *ders.*, 100 Jahre liberale Parteien, in: W. *Dorn* / H. *Hofmann* (Hg.), Geschichte des deutschen Liberalismus, Bonn (2. Aufl.) 1976, bes. S. 104f.

64 Lothar *Albertin*, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972, S. 56.

65 Ebd., S. 410.

66 S. ebd., S. 410.

67 UuF, III, S. 174.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Zugkräftig an diesen Forderungen war in erster Linie die Entschlossenheit nichtsozialistischer Kreise, derartige Vorstellungen öffentlich zur Sprache zu bringen und mit einem eindeutigen Bekenntnis zur republikanischen Staatsform zu verbinden; von hier aus ist auch das ungewöhnlich starke Echo zu verstehen, das dieser Aufruf hervorrief. Durchschlagend wirkte ferner die Bekundung der Gründungsmitglieder, daß mit dem politischen Zusammenbruch die tradierte, längst überlebte Gesellschaftsordnung hinfällig geworden sei und es gelte, auch im Geistigen einen Neuanfang zu wagen. So wirkte denn dieser Aufruf zur Gründung einer großen bürgerlich-republikanischen Partei auf weite Kreise des Bürgertums nach dem „Schock des 9. November" wie eine Erlösung.[68]

Angesichts der Gefahr, daß sich neben die bestehenden liberalen Parteien, die seit langem in Grundsatzfragen gespalten waren, eine weitere Partei schob, kam in den Reihen der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) sowie der Nationalliberalen (NL) der Wunsch auf, die alten, mit dem Anbruch einer neuen Zeit überlebten Gegensätze zu begraben und sich gemeinschaftlich mit den elanreich beginnenden Demokraten zu einer umfassenden bürgerlich-demokratischen Sammelpartei zu vereinen.[69] Die Einigungs- und Fusionsverhandlungen gerieten jedoch alsbald ins Stocken und scheiterten schließlich an der Haltung des rechten Flügels der Nationalliberalen. Dieser war nicht gewillt, der Forderung nach Ausschluß der während des Krieges besonders hervorgetretenen Annexionisten und „Siegfriedens"-Verfechter innerhalb der nationalliberalen Führerschaft, zu denen auch Gustav Stresemann gehörte, nachzukommen. Von der DDP, die sich am 20. November formell konstituierte, ausgeschaltet, rief Stresemann schließlich zusammen mit Friedberg und dem Generalsekretär der Nationalliberalen zum Zusammenschluß zu einer „Deutschen Volkspartei auf national-demokratischer Grundlage" auf.[70]

Nicht zuletzt aufgrund des Drucks mittelständischer Verbände und Berufsgruppen, die einen Zusammenschluß der liberalen Parteien forderten, fanden am 2./3. Dezember erneute Einigungsverhandlungen statt. Nachdem jedoch auch diese zum Scheitern verurteilt waren, gelang es Stresemann mit dem rechten Flügel der Nationalliberalen, einen Mehrheitsbeschluß gegen die Fusion mit den Demokraten herbeizuführen. Mit knapper Mehrheit nahmen die in Berlin zu ihrer letzten Sitzung am 15. Dezember zusammengetretenen Mitglieder des Zentralvorstandes den Antrag an, „die Organisation der Nationalliberalen Partei aufrechtzuerhalten, wenn auch unter dem Namen und dem Programm der Deutschen Volkspartei."[71] Somit war der Fortbestand der rechtsliberalen Rumpfpartei unter neuem Namen beschlossen, während der linke Parteiflügel

68 S. *Albertin*, Anm. 64, S. 57 u. S. 59.

69 Zu den Einigungsbestrebungen: ebd. , S. 59ff.; W. *Hartenstein*, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918-1920, Düsseldorf 1962; auch: E. *Menke-Glückert*, Die Novemberrevolution 1918. Ihre Entstehung und ihre Entwicklung bis zur Nationalversammlung, Leipzig 1919, S. 122f.

70 S. den Aufruf der DVP v. 22. 11. 1918: UuF, III, S. 183f.; dazu: *Albertin*, Anm. 64, S. 64ff.

71 Zit. bei: *Albertin*, Anm. 64, S. 72, s. auch S. 68ff.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

der Nationalliberalen und die FVP zusammen mit den Demokraten in der DDP aufgingen.[72]

Da sich die beiden Parteien weitgehend an die gleichen mittelständischen Wählerschichten wandten, entbrannte zwischen ihnen ein unerbittlicher Konkurrenzkampf, von dem die Wahlaufrufe zeugen, mit denen DDP und DVP sich Mitte Dezember an die Öffentlichkeit wandten.[73] Berührungspunkte zwischen den beiden Parteien wiesen diese Aufrufe zur Genüge auf. So forderten beide: die Wahrung der Reichseinheit mit kulturellem Föderalismus, den Anschluß Deutsch-Österreichs, die Aufhebung der weltwirtschaftlichen Beschränkungen sowie eine grundlegende Reform des auswärtigen Dienstes. Wörtliche Übereinstimmungen gab es im Bereich der Steuerpolitik, so beispielsweise bei der Forderung nach der „schärfsten Erfassung der Kriegsgewinne", eine Forderung, die in der Arbeiterschaft und in breiten mittelständischen Schichten nahezu als selbstverständlich angesehen wurde.[74]

Unterschiede ergaben sich zwischen den Aufrufen hinsichtlich der Stellungnahmen zur revolutionär entstandenen neuen Staatsform. Während es die DDP für angebracht hielt, ihr Bekenntnis zur Demokratie insofern abzuschwächen, als sie nun die Vorgänge des 9. November 1918 nur noch negativ beurteilte, hielt es die DVP dagegen für unvermeidlich, zumindest ein verbales Zugeständnis an die neue Staatsform abzugeben; sie bekannte sich deshalb zu einer „nationalen und wahrhaft demokratischen Politik".[75]

Die wohl erstaunlichste Verschiebung der Fronten zwischen DDP und DVP fand sich allerdings im wirtschaftspolitischen Bereich. Vermutlich unter dem Einfluß der ihr nahestehenden Interessenverbände und der Geldgeber aus Wirtschaftkreisen befürwortete die DDP die Sozialisierung nunmehr nur noch für den „Einzelfall" und knüpfte sie zugleich an Bedingungen, die auch zur Verhinderung von Sozialisierungsmaßnahmen hätten herangezogen werden können. In diesem Zusammenhang wandte sich der Aufruf ausdrücklich gegen angebliche Bestrebungen der Sozialdemokratie, die auf eine Überführung aller Produktionsmittel in Gesellschaftseigentum hinzielten. Letztlich mußte die Legende von der grundsätzlichen Mittelstandsfeindlichkeit der Sozialdemokraten dafür herhalten, Handwerker, Kleinhandel und Bauerntum für die DDP zu gewinnen.[76] Ganz anders dagegen die Wahlforderungen der DVP: Sie stimmte einer „Überführung dazu geeigneter Betriebszweige in die Leitung und das Eigentum der öffentlichen Gewalt" zu. Außerdem forderte die Partei, gegen den Widerstand in den eigenen Reihen, in der Mitbestimmungsfrage eine „angemessene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch ihre Ausschüsse und ihre Vertretun-

72 Dazu u. a.: *Heiber*, Anm. 22, S. 34; *Menke-Glückert*, Anm. 69, S. 122f.

73 Die Wahlprogramme von DDP u. DVP: UuF, III, S. 175ff. u. S. 184f.; auch: WKBl. Nr. 292, 17. 12. 1918 (DDP); dazu u. a.: *Albertin*, Anm. 64, S. 72ff.

74 Vgl. UuF, III, S. 176 u. S. 184.

75 Ebd., S. 184.

76 S. ebd., S. 176.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

gen",[77] wohingegen die Demokraten sich mit dem zufrieden gaben, was die „Zentralarbeitsgemeinschaft" vom 15. November[78] bereits erreicht hatte, nämlich die „staatliche Anerkennung der Arbeiter- und Angestelltenverbände, obligatorisches Schiedsgericht sowie Gewährleistung der durch Tarifverträge festgesetzten Arbeitsbedingungen".[79]

In beiden Fragen ging also die DVP so weit, mit ihrem Wahlaufruf ihre liberale Konkurrentin „links" überholen zu wollen, was sie indes nicht hinderte, ebenso wie die DDP ihren Wahlkampf vornehmlich aus den Fonds der Wirtschaft zu finanzieren. Man sollte aber nicht übersehen, daß allein der Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik den bürgerlichen Parteien, die in Grundfragen der staatlichen Organisation kaum differierten, Raum bot, sich zu profilieren. Da sie sich vor allem an mittelständischen Wählerschichten orientierten, schien es ihnen allen angebracht, sowohl antisozialistische als auch antikapitalistische Parolen auf ihre Fahnen zu schreiben. Insbesondere Stresemann ging es darum, für den Wahlkampf seine Partei als politische Kraft einer vermeintlichen Front von SPD und DDP gegenüberzustellen; in Fragen der Sozialverfassung war er dagegen bestrebt, sie zwischen diesen beiden Parteien anzusiedeln. Der führende Mann der DVP entwickelte also das Konzept einer „Mittelpartei", die für eine „Zusammenfassung der produktiven Stände und ihrer Verständigung mit Angestellten auf der Grundlage neuer moderner Rechtsformen" eintrat.[80]

Doch trotz der aufgezeigten Unterschiede zwischen den Wahlforderungen der beiden Parteien entstand für die Zeitgenossen der „peinliche Eindruck", „daß es sich bei der Neugründung der Volkspartei weniger um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Programms als um persönliche Fragen handele".[81]

Welch schweren Stand die Demokraten in Warburg hatten, dokumentiert der Bericht des „Kreisblattes" über die erste Wahlveranstaltung dieser Partei, als deren Spitzenkandidat für den Wahlkreis 17 der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf nominiert worden war.[82] Hauptredner dieser am Abend des 14. Januar stattfindenden Versammlung war der Landrichter a. D. Dr. Hopker-Aschoff, der zunächst einmal die politischen Fehler der Vergangenheit beleuchtete, sodann zu den wirtschafts- und kulturpolitischen Programmpunkten seiner Partei Stellung bezog und schließlich alle Gleichgesinnten zum Eintritt in die DDP aufforderte. In der sich anschließenden Diskussion meldeten sich vorwiegend Anhänger der DVP zu Wort, wie etwa der Warburger Amtsrichter

77 UuF, III, S. 185.

78 Zur Zentralarbeitsgemeinschaft, u. a.: Helga *Grebing*, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München (10. Aufl.) 1980, S. 150; *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 768ff.; Reinhard *Rürup*, Probleme der Revolution in Deutschland 1918-1919, Wiesbaden 1968, S. 31f.

79 UuF, III, S. 176; zum Unterschied zwischen den Aufrufen, s. *Albertin*, Anm. 64, S. 73.

80 *Albertin*, Anm. 64, S. 74.

81 *Menke-Glückert*, Anm. 69, S. 123.

82 S. den Wahlvorschlag der DDP im WKBl. Nr. 13, 17. 1. 1919; auch: Vierteljahreshefte für Statistik... 1919, Ergänzungsheft 1, S. 47.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Hafner, die die Absicht verfolgten, die Glaubwürdigkeit der Demokraten in Frage zu stellen und potentielle DDP-Wähler auf ihre Seite zu ziehen.[83]

Aber nicht allein die Anhängerschaft der Volkspartei bemühte sich, ein Erstarken der Demokraten zu verhindern; hinzu kam, daß der konservative Bund der Landwirte bereits Anfang Januar 1919 einen Wahlaufruf veröffentlichen ließ, in dem er sich gleichermaßen gegen DDP und SPD wandte und die Mitglieder aufforderte, diesen Parteien keine Stimme zu geben.[84] Es liegt nahe, daß insbesondere die Sozialisierungsankündigung sowie die Forderung nach Aufteilung der Staatsdomänen und die Einschränkung des Großgrundbesitzes, wie sie im Gründungsaufruf der Partei formuliert, längst aber wieder zurückgenommen worden waren, der DDP die Feindschaft der agrarischen Interessenorganisation eingetragen hatten; und obwohl im Wahlaufruf des Dezember 1918 hiervon nicht mehr die Rede war, blieb die Partei dem Bund suspekt, und dies führte dazu, daß sie von dieser Seite in der Nähe zur Sozialdemokratie angesiedelt wurde.

Bessere Chancen als die Demokraten konnte sich dagegen die DVP in Warburg ausrechnen. Auch diese Partei vollzog anfangs den Bruch mit Programm und Tradition ihrer Vorgängerin,[85] bemühte sich um einen Neubeginn als „Volkspartei". Obwohl sie kein ausgesprochenes Bekenntnis zur Monarchie in ihr Programm aufgenommen hatte, sondern vielmehr durch verbale Zugeständnisse an die demokratische Staatsform überraschte, ließ sie indes keine Gelegenheit aus, deutlich zu machen, was sie von der „würdelosen Abkehr von den hohen Idealen des deutschen Kaisertums und preußischen Königtums" hielt.[86]

Förderlich für die Wahlagitation der DVP in Warburg war nicht zuletzt die Tatsache, daß sich in der Stadt Anfang Januar 1919 ein „Arbeitsausschuß" zur Förderung der Angelegenheiten der Partei bildete, nachdem sich herausgestellt hatte, daß eine Anzahl Warburger Bürger gewillt war, bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung der DVP ihre Stimme zu geben.[87] Dieser „vorbereitende Ausschuß", dem der Amtsrichter Hafner sowie der Reichsbankvorsteher Linz angehörten, übernahm es in erster Linie, für die DVP die Werbetrommel zu rühren und Wahlkundgebungen vorzubereiten. So zeichnete er als Einlader für eine Veranstaltung der Volkspartei, zu der „Männer und Frauen aus Stadt und Land, alle, denen das Wohl des Vaterlandes, eine gesunde Neubegründung des Wirtschaftslebens, die Erhaltung der Religion am Herzen liegt" zur Teilnahme aufgerufen wurden; angekündigt wurde in dem groß aufgemachten Inserat das Auftreten des Bielefelder Parteisekretärs Friedrich Wiegand, der die Vorstellungen der Partei von einem „neuen Deutschland" darlegen sollte.[88]

83 S. Bericht im WKBl. Nr. 11, 15. 1. 1919.
84 S. den Aufruf des Bundes der Landwirte im WKBl. Nr. 2, 3. 1. 1919.
85 U. a *Albertin*, Anm. 64, S. 411.
86 *Heiber*, Anm. 22, S. 35.
87 Dazu: WKBl. Nr. 3, 4. 1. 1919.
88 S. die Einladung zur DVP-Veranstaltung: WKBl. Nr. 8, 11. 1. 1919.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Anstelle des angekündigten Redners vertrat dann allerdings Oberlehrer Dr. Hensel aus Höxter die Position der Rechtsliberalen in der am 12. Januar 1919 stattfindenden Versammlung, die von Hafner mit der Mahnung an die „durch die Not gebotene Pflicht aller zur vaterländischen Arbeit" eröffnet wurde. In seinem Beitrag führte Hensel gegen die Sozialdemokratie gewandt aus, daß eine Sozialisierung der Landwirtschaft, der Industrie und des Privatbesitzes zwangsläufig den „völligen Untergang unseres Volkes" nach sich ziehen müsse. Statt sich auf derartige Experimente einzulassen, gelte es vielmehr, die „nationalen Güter" zu heben und zu stärken, sei die „Förderung des Gewerbefleißes und der Arbeitsamkeit" eine unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands. Folgerichtig legte er sodann im Namen seiner Partei ein Bekenntnis zur bestehenden Wirtschaftsordnung ab und befürwortete gemäß den programmatischen Wahlaufrufen der DVP eine „Beschränkung der Sozialisierung auf diejenigen Betriebe, durch deren staatliche Leitung bessere Lebensbedingungen der Arbeitnehmer und höhere Erträge" erwartet werden könne. Der Profilierung der DVP als Mittelstandspartei dienten Hensels Ausführungen zur Sozialpolitik. So hob er hervor, daß sich die DVP für die „Erhaltung eines breiten Mittelstandes in Industrie, Handel und Handwerk" sowie für die „Kräftigung des freien Bauern auf eigener Scholle" einsetze; zugleich aber strebe sie die „Hebung des Arbeiterstandes" durch einen „kraftvollen Ausbau der Sozialreform" an. Ein weiteres Anliegen der Partei sei es, die „Erhaltung und Vertiefung des religiösen Geistes im Volke" zu fördern. Voraussetzung hierfür sei, daß die „Verbindung zwischen Staat und Kirche nicht gelöst und der Religionsunterricht nicht aus der Schule entfernt" werde, eine Absichtserklärung, die in einer katholischen Region wie dem Warburger Land[89] auf offene Ohren stoßen mußte.[90]

Daß vorwiegend Anhänger der Volkspartei dieser „stark besuchten" Veranstaltung beiwohnten, dafür spricht, daß ein Teilnehmer, der offenbar der DDP nahestand und die sich anschließende Aussprache nutzen wollte, um gegen die DVP und deren Programm zu polemisieren, kaum Sympathie ernten konnte; obendrein wurden seine kritischen Anmerkungen zur Politik der Volkspartei unter dem „stürmischen Beifall" der Anwesenden vom Reichsbankvorsteher Linz wirkungsvoll widerlegt.

Im Anschluß daran wandte sich die Wahlkämpferin Orts aus Höxter speziell an die weibliche Wählerschaft. In ähnlicher Weise wie bei den Veranstaltungen des Zentrums suchte auch die DVP die Stimmen der Frauen für sich zu gewinnen, indem sie eine „Geschlechtsgenossin" ans Rednerpult schickte und diese sogenannte „Frauenthemen" behandeln ließ. Frau Orts befaßte sich in erster Linie mit der „Stellung der Frau im politischen Leben" und vertrat in diesem Zusammenhang die Auffassung, daß die Frau „durch ihre Eigenart auch hier berufen sei, den Mann bei seiner Arbeit zu ergänzen". Deshalb rief sie die wahlbe-

89 Hiervon zeugen u. a. die im WKBl. Nr. 298, 24. 12. 1918 abgedruckten Erklärungen der kath. Lehrer des Bezirks Warburg sowie des kath. Lehrerinnenvereins.

90 S. den Bericht über die DVP-Veranstaltung im WKBl. Nr. 9, 13. 1. 1919.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

rechtigten Frauen der Stadt zur „Pflichterfüllung" am bevorstehenden Wahltag auf.[91] Die Versammlung, die nicht zuletzt vom Wiedererwachen eines starken bürgerlichen Nationalbewußtseins zeugte, endete schließlich mit dem Beschluß, eine Ortsgruppe der DVP in der Kreisstadt zu gründen, um den „unter dem Einfluß der Nationalwahlen erwachten vaterländischen Geist auch weiterhin zu pflegen".[92]

Einen kaum ins Gewicht fallenden Wahlkampf bestritt die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die einen Zusammenschluß der Parteien der Rechten darstellte.[93] Auch diese Partei, die sie repräsentierenden Agrarier und ihr Anhang samt einem zunächst kleineren Teil des Großbürgertums sowie der Industrie, glaubten auf die Bezeichnung „Volkspartei" nicht verzichten zu können. Denn, so die pointierte Formulierung von Helmut Heiber, „je weiter man vom Volk entfernt war, desto mehr empfahlen die neuen Zeitumstände wenigstens eine verbale Dokumentation von Volksverbundenheit".[94]

In ihrem Wahlaufruf allerdings war die alte konservative Partei nicht mehr wiederzuerkennen. Doch obwohl sie sich zur Tolerierung der parlamentarischen Regierungsform, als der zeitbedingt allein möglichen, durchgerungen hatte, standen die Deutschnationalen auch weiterhin unverändert zur Monarchie, was sie bei der Parteigründung Mitte November zwar noch zu kaschieren suchten, später indes unverhohlen und offen bekannten.[95] Für sie war die republikanische Staatsform nur etwas Vorläufiges, eine für Deutschland unzuträgliche Staatsform; die Monarchie dagegen betrachteten sie als die geschichtlich gewachsene und daher für Deutschland geeignetste Regierungsform.[96]

So gelangte das Festhalten am monarchischen Prinzip im Wahlaufruf der Partei vom 22. Dezember zum Ausdruck. Es wurde dort die Überzeugung geäußert, daß „auch in der demokratischen Verfassung Deutschlands eine monarchische Spitze als ein über den Parteien stehender, persönlicher Faktor der Stetigkeit des politischen Lebens der geschichtlich gewordenen Eigenart unseres Volkes wie der politischen Zweckmäßigkeit entspricht". Abgeschwächt wurde dieses Bekenntnis durch die Versicherung, die Partei sei bereit, „in jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform für das Wohl des Vaterlandes" mitzuwirken. Zugleich forderten die Deutschnationalen den „Schutz der persönlichen und politischen Freiheit und des Privateigentums" sowie die „sofortige Beseitigung jeder Willkürherrschaft".[97]

91 WKBl. Nr. 9, 13. 1. 19.

92 WKBl. Nr. 9, 13. 1. 19.

93 Die Christl.-Soziale Partei trat im Wahlkreis 17 allerdings mit einer eigenen Liste auf, s. Vierteljahreshefte zur Statistik... 1919, Ergänzungsheft 1, S. 47; zur DNVP: W. *Liebe*, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956.

94 *Heiber*, Anm. 22, S. 35.

95 S. *Heiber*, Anm. 22, S. 35.

96 Dazu: *Menke-Glückert*, Anm. 69, S. 126.

97 Richtlinien der DNVP für die Wahlen zur Nationalversammlung: UuF, III, S. 205f., s. dort die weiteren Forderungen der Rechtspartei, die Zeugnis vom konservativen Denken ablegen.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

In Warburg fanden zwar keine Wahlveranstaltungen der Konservativen statt und auch Werbeanzeigen im „Warburger Kreisblatt" fehlten gänzlich, doch erhielt die Partei massive Wahlhilfe seitens des Bundes der Landwirte, der mit dem Großgrundbesitz in gleicher Weise hinter der DNVP stand wie vormals hinter der alten konservativen Partei. In einem bereits erwähnten Aufruf von Anfang Januar 1919 forderte der Bund seine Mitglieder nachdrücklich auf, „sich der neu gegründeten Deutschnationalen Volkspartei anzuschließen und für sie im Wahlkampf einzutreten".[98] Ein Eintreten der Mitglieder des Bundes im Wahlkampf für die DNVP ist allerdings in den Quellen nicht erkennbar.

Ebensowenig wie die DNVP trat die USPD in Warburg in Erscheinung.[99] Dafür durfte man in der Stadt auf den Wahlkampf der Sozialdemokraten gespannt sein, insbesondere nachdem das erstmalige Auftreten eines Sozialdemokraten, des Kasseler Redakteurs Hauschildt, Ende November 1918 für Aufregung und Empörung gesorgt hatte.[100]

Die Partei, die im wesentlichen am Erfurter Programm von 1891 festhielt und die Überführung des Klassenstaates in eine sozialistische Gesellschaft in einem demokratischen Staat propagierte,[101] wandte sich erstmals am 13. Januar 1919 mit einem eher zurückhaltend aufgemachten, unscheinbaren Aufruf im „Kreisblatt" an die Wähler und Wählerinnen Warburgs. Schlicht und einfach hieß es dort: „Wählt die Liste der wahren Demokraten, die Sozialdemokraten", die angeführt wurde von so prominenten Parteivertretern wie dem Bielefelder Redakteur Carl Severing.[102]

Drei Tage später fand sodann eine SPD-Wählerversammlung mit dem Mitglied des Paderborner Bezirks-Soldatenrats Castien statt, der bereits als Delegierter des Bezirks am Reichsrätekongreß in Berlin teilgenommen hatte.[103] Erstaunlich ist, daß diese Kundgebung „die am stärksten besuchte von allen bisherigen" gewesen sein soll. Nach Angaben des Berichterstatters lag der ungewöhnlich starke Zulauf vor allem darin begründet, daß die wahlberechtigten Warburger „aus dem Munde eines berufenen Mehrheitssozialisten" erfahren wollten, wie sich die derzeitige Regierungspartei das „neue Deutschland" vorstellte.

98 WKBl. Nr. 2, 3. 1. 1919.

99 Zum Wahlprogramm der USPD, s. den Aufruf der Parteileitung vom 9. 12. 1918: UuF, III, S. 158-160.

100 S. Günther *Wagner*, „Zu retten, was noch zu retten war". Revolutionsalltag und Rätewirklichkeit in Warburg, in: Westfälische Zeitschrift 143. Bd./1993, S. 285-336, bes. S. 292 sowie: *ders.*, Warburg unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 19918/19, Marburg 1985 (Manuskript), Kap. 3. 1; zur Entwicklung der SPD in Ostwestfalen: K. *Ditt*, Die politische Arbeiterbewegung in Ostwestfalen zwischen der Reichsgründung und dem Beginn der Weimarer Republik, in: K. *Dowell* / W. *Köllmann* (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 2, Wuppertal 1984, S. 234-256, bes. S. 251f.

101 Zum Erfurter Programm, u. a.: Detlef *Lehnert*, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1983, Frankfurt/M. 1983, S. 80ff.; *Grebing*, Arbeiterbewegung, S. 108ff.; *Menke-Glückert*, Anm. 69, S. 129f.

102 Aufruf der SPD im WKBl. Nr. 9, 13. 1. 1919.

103 S. die Einladung im WKBl. Nr. 11, 15. 1. 19; zu Castien, s.: *Cohausz*, Anm. 45, S. 398 – Castiens Name findet sich allerdings nicht im Teilnehmerverzeichnis des Reichsrätekongresses.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Doch scheint Castien mit seinen Ausführungen, die hauptsächlich aus „Klagen über die alte Zeit" und Schlagworten wie „Schaffen wir uns ein Reich, in dem es eine Lust ist zu leben" bestanden, den Ansprüchen seiner Zuhörerschaft nicht gerecht worden zu sein. Häufige Zwischenrufe aus dem Publikum dokumentierten anschaulich, so unser Gewährsmann vom „Kreisblatt", daß die Warburger detaillierte Auskünfte über die Richtlinien der SPD-Politik zum Wiederaufbau Deutschlands erwarteten und sich nicht mit Parolen und Utopien „abspeisen" lassen wollten. Der recht einseitige Bericht über diese für die Sozialdemokraten wenig erfolgreiche Veranstaltung schloß schließlich mit den Worten: „Mit Experimenten, wie sie die Sozialdemokraten vorhaben, läßt sich das Deutsche Reich aus der furchtbaren Lage, in der es sich nach dem verlorenen Krieg befindet, nie und nimmer herausarbeiten und zu neuer Blüte verhelfen".[104]

Betrachtet man den Aufmarsch der Parteien und den in der Kreisstadt geführten Wahlkampf in seiner Gesamtheit, so fällt zunächst auf, daß die Zentrumspartei hier am unbefangensten auftreten und ihre Agitation betreiben konnte. Dies ist jedoch kaum verwunderlich, da die Partei in dieser Region von jeher stark vertreten war und sich auf einen festen Wählerstamm stützen konnte. So galt es für das Zentrum in erster Linie, die neuen Wählergruppen, die Frauen und „Jungwähler" für sich zu gewinnen. Während die DVP, die mit ihrer Konkurrenzpartei nahezu um das gleiche Wählerpotential stritt und sich nicht scheute, „linke" Forderungen in ihren Wahlaufruf aufzunehmen, um sich von der liberalen „Schwesterpartei" abzugrenzen, Anklang bei nationalliberal eingestellten bürgerlichen Kreisen fand, hatten die Demokraten und vor allem die Mehrheitssozialisten in Warburg einen äußerst schweren Stand. Bezüglich der SPD bleibt anzumerken, daß sie erst im Laufe der Revolutionszeit in dieser Region dauerhafte Organisationen gründen und erst allmählich hier Fuß fassen konnte.[105]

Neben diesen parteipolitischen Aspekten fällt ferner das überaus starke Interesse auf, daß die Warburger dem Wahlkampf und der Selbstdarstellung der Parteien entgegenbrachten. Es ist dies einmal mehr ein Beleg dafür, daß die Revolution eine Politisierung weiter Bevölkerungskreise bewirkt hatte. Die während der „heißen" Schlußphase des Ringens um die Wählergunst nahezu täglich stattfindenden Wahlveranstaltungen boten der Bevölkerung zur Genüge Gelegenheit, die Programme und politischen Vorstellungen der verschiedenen Parteien kennenzulernen. Und hiervon machten sie regen Gebrauch; alle Berichte über die einzelnen Versammlungen stimmen darin überein, daß diese jeweils gut, zum Teil sogar sehr gut besucht waren. Man wird in diesem Zusammenhang zweifellos Otto Berge zustimmen können, daß die Parteien im Rahmen der von ihnen abgehaltenen Kundgebungen „wertvolle Aufbauarbeit für die Demokratie" leisteten, indem sie über Wahlverfahren und Wahlrecht aufklärten und den Bürgern begreiflich zu machen suchten, warum die Stimmabgabe eines jeden einzel-

104 Bericht der SPD-Versammlung: WKBl. Nr. 13, 17. 1. 1919.
105 Dazu: *Ditt*, Anm. 100, S. 251.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

nen am Wahltag von entscheidender Bedeutung sei, warum das Recht zu wählen zugleich eine Verpflichtung darstelle.[106]

Die Durchführung der Wahlen wurde schließlich Anfang Januar 1919 durch den sogenannten „Spartakus"-Aufstand nochmals in Frage gestellt.[107] Im Zusammenhang mit dieser Erhebung der Linksradikalen hat die neuere Forschung den Nachweis erbringen können, daß die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in der Reichshauptstadt, die zur „Marneschlacht der Revolution" (Hilferding) wurden,[108] von keiner Seite – weder von der sozialdemokratischen Regierung noch von denjenigen, die zu ihrem Sturz aufriefen und damit einen letzten Versuch unternahmen, die Wahlen zur Nationalversammlung zu verhindern – provoziert oder systematisch herbeigeführt worden waren. Vielmehr handelte es sich bei den blutigen Zusammenstößen um den schlagartigen Ausbruch von Spannungen, die zwischen den antagonistischen Lagern innerhalb der sozialistischen Bewegung seit geraumer Zeit heranwuchsen und durch die Zwischenfälle im Laufe des Dezember eine Eskalation erfahren hatten.[109]

Den äußeren Anlaß für den Beginn der Erhebung bildete die Amtsenthebung des kommissarisch tätigen Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn am 4. Januar 1919. Anläßlich einer Massenkundgebung gegen diese Maßnahme der sozialdemokratischen Regierung Preußens kam es zur spontanen Besetzung des Berliner Zeitungsviertels durch radikale Demonstranten.[110] Der Erfolg der Protestkundgebung und die dabei erkennbar gewordene Kampfstimmung unter den Massen veranlaßten die Linksradikalen, den Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann durchzuführen.[111] Diese wurde in einem Aufruf des Revolutionsausschusses kurzerhand für abgesetzt erklärt und die Arbeiterschaft aufgefordert, sich den Maßnahmen des revolutionären Ausschusses anzuschließen.[112] Es zeigte sich allerdings recht bald, daß die Linksradikalen nicht den erwarteten Rückhalt in der Bevölkerung fanden und der seine Zeit mit Beratungen verbringende Revolutionsausschuß von vornherein zur Bedeutungslosigkeit verurteilt war.

106 S. Otto *Berge*, Arbeiter- und Soldatenrat, Bauernrat und die Wahlen zu den kommunalen Körperschaften in Fulda 1918/19, in: Fuldaer Geschichtsblätter 50/1974, S. 137-165, Zitat S. 151.

107 S. die Berichterstattung im WKBl. Nr. 3, 8. 1. 1919: „Das Tollhaus an der Spree"; Nr. 8, 11. 1. 1919: „Das Kriegslager Berlin"; Nr. 9, 13. 1. 1919: „Der Sturm auf den ‚Vorwärts'"; Nr. 11, 15. 1. 1919 Zum Ende des Aufstandes.

108 Dazu u. a.: *Miller*, Anm. 1, S. 225ff., bes. S. 235; U. *Kluge*, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975, S. 267ff.; *ders.*, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Gesellschaft und Politik zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt 1985; W. *Malanowski*, Novemberrevolution 1918. Die Rolle der SPD, Berlin/Frankfurt 1968, S. 97ff.

109 V. a.: E. *Waldman*, The Spartacist Uprising of 1919 and the Crisis of German Socialist Movement, Milwaukee/Wisconsin 1958, S. 211ff., bes. S. 214; auch: *Miller*, Anm. 1, S. 227; dagegen die Sichtweise der DDR-Historiographie: *Ruge*, Anm. 5, S. 122ff.; L. *Berthold* / H. *Neef*, Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Eine Dokumentation, Berlin/DDR (2. Aufl.) 1978, bes. S. 110.

110 Vgl.: *Waldman*, Anm. 109, S. 171ff.; *Miller*, Anm. 1, S. 226; Malanowski, Anm. 108, S. 98f.

111 Dazu die Aufrufe des Revolutionsausschusses: UuF, III, S. 61ff. u. S. 64f.; s.: *Kolb*, Arbeiterräte, S. 225; *Miller*, Anm. 1, S. 226f.; auch: *Ruge*, Anm. 5, S. 129f.

112 S. UuF, III, S. 63.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Für die Regierung stellte sich die Situation zunächst äußerst bedrohlich dar. Unter Hinzuziehung des neu ernannten Kriegsministers Oberst Reinhardt faßte das Kabinett daher am Morgen des 6. Januar den folgenschweren Entschluß, den Aufstand militärisch niederzuschlagen.[113] Vermittlungsversuche zwischen Regierung und Revolutionsausschuß, die von verschiedenen Seiten angestrebt wurden, scheiterten schließlich sowohl an der unnachgiebigen Haltung der sozialdemokratischen Führungsgremien als auch an der Halsstarrigkeit der linksradikalen „Utopisten". Insbesondere beharrten die Sozialdemokraten auf der Räumung des „Vorwärts" als Voraussetzung für die Aufnahme von Schlichtungsverhandlungen. Da diese nicht in der festgesetzten Frist erfolgte, wurde das Gebäude schließlich am 11. Januar von regierungstreuen Truppen gestürmt und zurückerobert. Noch in der Nacht hatte Noske die in der Umgebung Berlins zusammengestellten Freiwilligen-Verbände in die Hauptstadt einmarschieren und Mitglieder des inzwischen aufgelösten Revolutionsausschusses festnehmen lassen.[114] Nach blutigen Straßenschlachten, bei denen es zu Ausschreitungen vor allem auf seiten der „Noske-Truppen" kam, fand die „Spartakus-Woche" schließlich am 13. Januar ihr Ende. Das wohl spektakulärste Beispiel für die Exzesse der Freikorps während ihrer „Säuberungsaktionen" in Berlin stellt zweifellos die „durch nichts zu rechtfertigende" Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg dar,[115] die in bürgerlichen Kreisen mit Genugtuung, bei der politischen Linken, und zwar auch von SPD-Anhängern, dagegen mit Abscheu und Empörung aufgenommen wurde.[116]

Die aus einer Notwehrsituation heraus handelnde Regierung befand sich bei ihrem bedingungslosen Vorgehen gegen die aufständischen Radikalen, die indes „nicht einmal die Minimalchance für einen Erfolg" besessen hatten,[117] zweifellos im Recht. Politisch hingegen war das kompromißlose Vorgehen, insbesondere der allzu leichtfertige Rückgriff auf die von kaiserlichen Offizieren geführten Freikorps, verfehlt und für die Zukunft der jungen Republik letztlich verhängnisvoll.[118] Man wird nicht verkennen können, daß die Januarereignisse den Auftakt für die „erste große Krise" der Republik bildeten, die sich bis zum Mai 1919 in großen Streiks und Aufständen in ganz Deutschland niederschlug.[119] Die Bür-

113 S. RVB, 2. T., S. 195f., „Bluthund"-Zitat von Noske: S. 196; auch: Gustav *Noske*, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 66ff.; dazu u. a.: *Kolb*, Arbeiterräte, S. 231f.; *Waldman*, Anm. 109, S. 179f.

114 Zu den Kämpfen in Berlin: *Miller*, Anm. 1, S. 230f.; W. v. *Schultzendorff*, Proletarier und Prätorianer, Köln 1966, S. 43ff.

115 Hans *Herzfeld*, Die Weimarer Republik, Frankfurt/Berlin/Wien (6. Aufl.) 1980, S. 19.

116 S. WKBl. Nr. 14, 18. 1. 1919; dazu u. a.: *Waldman*, S. 192ff., bes. S. 194f.; *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 925ff.; *Miller*, Anm. 1, S. 231f.; *Ruge*, Anm. 5, S. 141ff.

117 H.-U. *Wehler*, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen (3. Aufl.) 1977, S. 220.

118 Vgl.: *Rosenberg*, Geschichte, S. 69f.; *Miller*, Anm. 1, S. 233.

119 Vgl.: *Heiber*, Anm. 22, S. 30f.; *Herzfeld*, Anm. 115, S. 19f.; *Rürup*, Probleme, S. 45ff.; G. D. *Feldman* / E. *Kolb* / R. *Rürup*, Die Massenbewegung der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917-1920), in: PVS 13/1972, S. 84-105; *Miller*, Anm. 1; S. 235ff.; H. J. *Behr*, Die Provinz Westfalen und das Land Lippe 1813-1933, in: W. *Kohl* (Hg.), Westfälische Geschichte, Bd. 2, Düsseldorf 1983, S. 134f.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

gerkriegssituation des Januar 1919 förderte erwiesenermaßen die Radikalisierung der „revolutionären Massenbewegung"; denn „aus einer demokratischen, kompromißbereiten Volksbewegung wurde eine radikale Klassenkampfbewegung mit deutlich antiparlamentarischer Tendenz".[120] Allerdings handelte es sich hierbei um eine Entwicklung, die sich im Ergebnis der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung noch nicht signifikant niederschlug.

Unter dem Eindruck des in der Reichshauptstadt tobenden Aufstandes der radikalen Linken und deren Bestreben, die Durchführung der Wahlen zu sabotieren, erließ der Mindener Regierungspräsident von Campe am 10. Januar eine Rundverfügung, in der die Landräte des Bezirks angehalten wurden, für den Schutz der Wahlen Sorge zu tragen; es erging dementsprechend die Empfehlung, eine Verstärkung der städtischen Sicherheitswehren vorzunehmen.[121] Für Warburg erwies sich diese Vorsichtsmaßnahme indes als überflüssig; mit Störaktionen linksradikaler Kräfte brauchte man hier nicht zu rechnen. Schließlich konnten, nachdem die Noske-Truppen gewaltsam die Ordnung wiederhergestellt hatten, überall im Reich die Wahlen weitgehend ungestört durchgeführt werden.

3. Ergebnisse der Wahlen des Jahres 1919 in Warburg

In der Stadt Warburg waren am 19. Januar 1919 insgesamt 3 422 Wahlberechtigte an die Urnen gerufen; von diesen gaben 3 061 ihre Stimmen ab, das entspricht einer Wahlbeteiligung von über 89 %. In dieser recht hohen Wahlbeteiligung ist zweifelsohne ein weiteres Indiz für die durch die Revolution bewirkte Politisierung der Bevölkerung zu sehen.

Nicht zuletzt aufgrund der erstmaligen Wahlbeteiligung der Frauen wurden die Wahlergebnisse überall mit Spannung erwartet. Ein Blick auf die Relation zwischen weiblichen und männlichen Wählern im Wahlkreis 17 verdeutlicht, welch große Bedeutung das Wahlverhalten der Frauen bei diesen Wahlen spielen konnte: Von den insgesamt 1. 141 440 Wahlberechtigten des Wahlkreises waren 47,5 % männlichen und 52,5 % weiblichen Geschlechts; während sich 53,5 % der wahlberechtigten Frauen an der Wahl beteiligten, folgten lediglich 46,5 % der Männer dem Ruf zu den Wahlurnen.[122]Auch wenn speziell für Warburg keine konkreten Zahlenangaben vorliegen, so kann doch angenommen werden, daß hier die Relationen ähnlich waren. Leider läßt sich auch nicht ermitteln, wie hoch der Stimmenanteil war, den die einzelnen Parteien von weiblichen Wählern erlangen konnten. Man wird aber sicher nicht fehlgehen in der Annahme, daß viele der Frauen, die am 19. Januar 1919 erstmals ihre politischen Meinung durch Stimmabgabe kundtun durften, noch gar keine eigene Meinung in Fragen der Politik hatten und vielfach nicht wußten, welche Partei sich hinter dem auf dem

120 *Rürup*, Probleme, S. 45f.; s. auch: Wolfgang J. *Mommsen*, Anm. 1, S. 362-391, bes. S. 389f.

121 S. StAD M2 Nr. 559: Verfügung des RP Minden v. 10. 1. 1919 (eingegangen in Warburg am 13. 1. 1919).

122 S. Vierteljahreshefte für Statistik ... 1919, Ergänzungsheft 1, S. 24ff.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Stimmzettel angegebenen Spitzenkandidaten verbarg.[123] Es liegt also nahe, daß in vielen Fällen die Instruktionen des Ehegatten das Wahlverhalten mitbestimmten.

Ergebnisse der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung (in %)[124]

	Warburg			Wahlkreis	Reichsdurch-
	Stadt	Amt	Kreis	17	schnitt
Zentrum	73,7	82,2	86,9	42,1	19,7
DNVP	–	2,8	1,0	8,7	10,3
DVP	10,4	2,3	2,8	6,6	4,4
DDP	8,0	2,4	2,8	9,8	18,5
SPD	7,8	9,8	6,4	30,6	37,9
USPD	–	–	–	2,1	7,6
Sonstige[125]	0,1	0,5	0,1	0,1	1,6

Wie nicht anders zu erwarten erlangte die Zentrumspartei mit 2 257 Stimmen in Warburg Stadt die absolute Mehrheit (73,7 %). Im Landkreis, wo die Wahlbeteiligung sogar die 90 %-Marke überschritt, erhielt sie sogar 14 792 von 17 008 gültig abgegebenen Stimmen, also rund 87 %. Mit weitem Abstand folgte die DVP, die es mit 319 Stimmen auf 10,4 % in der Stadt brachte, hingegen im Kreis nur 2,8 % (473 Stimmen) für sich verbuchen konnte. Ein durchaus beachtenswertes Ergebnis erzielten die Demokraten in Warburg: sie erhielten immerhin 8 % der Stimmen (245); auf Kreisebene dagegen hielt sich die DDP mit ihrer Konkurrenzpartei die Waage, auch sie konnte hier nur 2,8 % der Stimmen (478) erlangen. Überraschend gut war auch das Abschneiden der Sozialdemokraten: ihnen gelang es, 238 Stimmen (7,8 %) in Warburg sowie 1 090 Stimmen (6,4 %) im Landkreis auf sich zu vereinigen und somit einen ersten Achtungserfolg in dieser Region zu erzielen. So hob denn Landrat von Schorlemer in seiner Wahlanalyse das gute Abschneiden sowohl der neugegründeten bürgerlich-demokratischen Partei als auch der SPD hervor, deren Stimmen sich, verglichen mit den letzten Reichstagswahlen, „sehr" vermehrt hätten.[126] Während die Christlich-Soziale Partei, die im Wahlkreis 17 mit einer eigenen Liste auftrat, in Warburg 2 und im Kreis insgesamt 4 Stimmen für sich verbuchen konnte und damit weit unter 1 % der abgegebenen Stimmen blieb, erhielten die Deutschnationalen, trotz Wahlhilfe von seiten des Bundes der Landwirte, in Warburg nicht einmal eine Stimme; im Landkreis brachte es die DNVP mit 171 gültig abgegebenen

123 S. dazu v. Schorlemers Auffassung: StAD M2 Nr. 559: LR an RP v. 28. 1. 1919 – der LR regte in seinem Bericht zum Wahlergebnis in Warburg an, künftig den Namen der Partei auf dem Stimmzettel anzugeben, und nicht den des Spitzenkandidaten der jeweiligen Partei.

124 Zu den Wahlergebnissen in Stadt und Kreis Warburg, s.: WKBl. Nr. 15 u. Nr. 16, 20./21. 1. 1919; auch: StAD M2 Nr. 559: Übersicht über die im Kreise Warburg bei den Wahlen zur Nationalversammlung abgegebenen Stimmen; zu den übrigen Wahlergebnissen: Vierteljahreshefte für Statistik ... 1919, Ergänzungsheft 1, S. 18f.; UuF, III, S. 245.

125 Christlich-Soziale Partei im Wahlkreis 17.

126 S. StAD M2 Nr. 559: LR an RP Minden v. 28. 1. 1919.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Stimmen immerhin auf rund 1 %, wobei die Gemeinden des Amtes Warburg allein schon 126 Stimmen zu diesem Ergebnis beisteuerten. Gänzlich leer gingen die Unabhängigen Sozialdemokraten aus: Weder in der Stadt noch im Kreis gelang es ihnen, auch nur eine Stimme für sich zu gewinnen, was jedoch niemanden überraschen konnte, zumal in der Börde die sozio-ökonomischen Voraussetzungen fehlten, aufgrund derer die USPD hätte wählbar erscheinen können.

Bei einer genaueren Betrachtung der Stimmenverteilung im Amtsbezirk Warburg fällt zunächst einmal auf, daß das Zentrum in Dössel mit 98 % der dort abgegebenen Stimmen das beste Ergebnis im gesamten Bezirk erzielen konnte. Dem steht das Abschneiden der Partei in Herlinghausen gegenüber: Das in dieser Gemeinde erzielte Wahlergebnis ist nicht nur deshalb bemerkenswert, weil hier die Zentrumspartei nicht einmal eine Stimme erhielt, sondern auch weil zum einen die SPD mit rund 48,5 % die meisten Stimmen im Amt auf sich vereinigen konnte und weil zum anderen die Parteien, die sich mehr oder minder offen zur Wiederherstellung der Monarchie bekannten, hier ihr bestes Ergebnis erzielen konnten; so erhielten DNVP 23,6 % und DVP 23 % der Stimmen. Befürworter des monarchischen Prinzips hielten sich somit mit den Verfechtern der parlamentarischen Demokratie in Herlinghausen die Waage. Offenbar schlug sich die Frontstellung zwischen selbständigen Landwirten bzw. Gutsbesitzern und Landarbeitern in dieser Gemeinde im Wahlverhalten nieder, so daß das hier erzielte Wahlergebnis extrem vom Durchschnittsergebnis abwich. Denn ansonsten divergierte die Stimmenverteilung in den Gemeinden des Amtsbezirks nur geringfügig mit der in der Kreisstadt erzielten. So brachte es die DVP in Scherfede auf annähernd 4,7 %, wohingegen sie in anderen Gemeinden wie Germete, Hohenwepel und Menne keine Stimme erlangen konnte. Die DDP erzielte mit 11,5 % der abgegebenen Stimmen ihr bestes Ergebnis in Rimbeck; in den anderen Gemeinden brachten es die Demokraten dagegen nur auf annähernd 2,4 % der Stimmen.

Die DNVP schnitt – abgesehen vom Sonderfall Herlinghausen – am besten in Dalheim ab; sie konnte hier 13,4 % der Stimmen erlangen. In dieser Gemeinde erzielten auch die Sozialdemokraten mit 23,9 % der Stimmen einen respektablen Erfolg, der offenbar zu Lasten des Zentrums ging, das nur 58,2 % der Wahlberechtigten mobilisieren konnte. Auffällig ist, daß das relativ gute Abschneiden der SPD in einigen Gemeinden stets mit Stimmenverlusten beim Zentrum verbunden war und mit einem ebenfalls guten Abschneiden der Konservativen einherging. Für eine Verbesserung des Wahlergebnisses der Christlich-Sozialen Partei sorgte man lediglich in Ossendorf; hier trugen zwei Wahlberechtigte dazu bei, daß die Partei auf Kreisebene insgesamt 4 Stimmen erlangen konnte.

Ein Vergleich der in Stadt und Kreis Warburg erzielten Ergebnisse mit denen des Wahlkreises Westfalen-Nord in seiner Gesamtheit läßt erkennen, daß das Zentrum in Warburg nahezu doppelt so viele Stimmen auf sich vereinigen konnte wie im neu gebildeten Reichstagswahlkreis 17; im Reichsdurchschnitt brachte es die Partei immerhin auf 19,7 % der Stimmen und konnte somit 90 Abgeordnete in die Nationalversammlung entsenden. Auffällig ist ferner das schlechte

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Abschneiden der Linksparteien (7,8 bzw. 6,4 %), die im Wahlkreis auf insgesamt 32,7 % (SPD 30,6 %; USPD 2,1 %) kamen; auf Reichsebene erhielten die Sozialdemokraten sogar 37,9 % (163 Mandate) und die Unabhängigen 7,6 % (22 Mandate). Auch die DDP blieb in Warburg weit hinter den im Reichsdurchschnitt erzielten 18,5 % (75 Mandate) zurück; annähernd gleich war dagegen das Ergebnis der Demokraten in der Kreisstadt und im Wahlkreis: Gegenüber 8 % in Warburg gelang es ihnen dort, 9,8 % der Wähler für sich zu gewinnen und somit einen Kandidaten ihrer Liste für den Wahlkreis in die Verfassunggebende Versammlung zu entsenden. Bedeutend besser als im Wahlkreis (6,6 %) und auch im Reichsdurchschnitt (4,4 %; 22 Mandate) schnitt dagegen die DVP in Warburg ab, wohingegen das im Landkreis erzielte Ergebnis für die Partei wenig zufriedenstellend sein konnte. Die Konservativen schließlich konnten weder in der Stadt Warburg noch im Kreis Fuß fassen; gemessen am Reichsdurchschnitt (10,3 %; 42 Mandate) und am Ergebnis des Wahlkreises 17, wo sie 8,7 % der Stimmen für sich verbuchten, schnitten sie in der Börde ausgesprochen schlecht ab.

Betrachtet man nun das Warburger Wahlergebnis im Hinblick auf seine verfassungspolitische Dimension, so läßt sich festhalten, daß rund 90 % der Wähler für die demokratische Staatsform votierten, d. h. für diejenigen Parteien, die sich in ihren Programmen ausdrücklich zur Demokratie bekannten; im gesamten Landkreis waren es sogar 96 % der Wahlberechtigten, die sich durch ihr Votum zur parlamentarischen Demokratie bekannten. Lediglich 10 % bzw. 4 % der Wähler offenbarten, daß sie die Wiederherstellung der Monarchie für erstrebens- und begrüßenswert erachteten.[127]

Für das Bürgertum war der Ausgang der Wahlen vor allem deshalb erfreulich, da die sozialistischen Parteien nicht die erwartete und zum Teil befürchtete absolute Mehrheit erlangen konnten.[128] Zwar wird man nicht verkennen können, daß die Wahlen einen erheblichen Ruck nach links brachten, der, wie Hans Fenske konstatiert, „(...) vermutlich noch deutlicher ausgefallen (wäre), wenn nicht das Frauenstimmrecht eingeführt worden wäre".[129] Letztlich waren die Linksparteien indes die eigentlichen Verlierer der Wahlen; denn „das Volk in seiner Mehrheit hatte sich gegen die ‚sozialistische Republik', gegen das sozialistische Programm und gegen das sozialistische Regime entschieden".[130] Selbst bei einem Zusammengehen von SPD und USPD, was aufgrund der großen Kluft zwischen den beiden Parteien nahezu undenkbar schien, hätten die Linken nur über 185 der 421 Mandate verfügt. Somit waren die Sozialdemokraten gezwungen, eine Koalition mit denjenigen Parteien zu bilden, mit denen sie bereits

127 S. die Einwände gegen ein solches Verfahren bei Hans *Fenske*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Berlin 1981, S. 43, der die Auffassung vertritt, daß die von den demokratischen Parteien erzielte Mehrheit nicht zugleich eine Willensbekundung der Deutschen für die Demokratie dargestellt habe.

128 S. WKBl. Nr. 16, 21. 1. 1919 „Die Wahlen zur Nationalversammlung. Keine sozialistische Mehrheit".

129 *Fenske*, Anm. 127, S. 43.

130 *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1068; gegenüber einer derartigen Pauschalierung sind jedoch zumindest Bedenken angebracht.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

während der Schlußphase des Krieges kooperiert hatten. Zusammen mit dem Zentrum und der DDP bildeten sie die sogenannte „Weimarer Koalition", die mit über 331 Sitzen über eine ausreichende Mehrheit in der Nationalversammlung verfügte.[131]

Mit diesem Wahlergebnis und der Wiederherstellung des Bündnisses der „Mehrheitsparteien" des Reichstags war von der Parteienkonstellation aus gesehen die Revolution an ihren Ausgangspunkt zurückgekehrt und somit scheinbar „überflüssig" gewesen.[132] Doch auch wenn die Revolution in vielerlei Hinsicht gescheitert war, so wird man sie keineswegs als „überflüssig" bezeichnen können, zumal zu ihren größten Errungenschaften die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts sowie der parlamentarischen Demokratie gehörte, denn schon aufgrund der in der Nationalversammlung herrschenden Mehrheitsverhältnisse stand noch vor dem Zusammentritt der Abgeordneten am 6. Februar 1919 fest, daß Deutschland fortan nach den Prinzipien der Demokratie regiert werden sollte.

Bereits eine Woche nach den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung wurden die Warburger abermals zur Stimmabgabe aufgerufen. Diesmal galt es, die Abgeordneten für die verfassunggebende preußische Landesversammlung zu wählen. Grundlage für die Durchführung dieser wohl wichtigsten Landeswahl bildete die Wahlordnung vom 21. Dezember 1918, die die Sozialdemokraten in der preußischen Regierung gegenüber den USPD-Kabinettsmitgliedern hatten durchsetzen können und durch die mit einem Schlag das alte Dreiklassenwahlrecht in Preußen beseitigt wurde. Wie im Reich sollte das neue Landesparlament nun nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl bestellt werden.[133] Gemäß dieser Wahlordnung sollten im Wahlkreis 17, der die Regierungsbezirke Münster und Minden sowie den zur Provinz Hessen-Nassau gehörenden Kreis Schaumburg umfaßte, am 26. Januar 1919 von den insgesamt 401 Abgeordneten der Landesversammlung 18 gewählt werden.[134]

Dafür, daß diese Wahlen vom Kampf für oder gegen den von Hugo Preuß vorgelegten Entwurf einer neuen Reichsverfassung, der die Teilung Preußens zwecks Erhalt der Reichseinheit vorsah, bestimmt wurde,[135] findet sich zumindest in Warburg kein Anhaltspunkt. Hier wurde das Ringen um die Mandate in der kurzen Zeit zwischen den Nationalwahlen und denjenigen in Preußen ohne große Höhepunkte und eher zurückhaltend geführt. Lediglich von einer Zentrums-Kundgebung berichtete das „Kreisblatt", bei der der jüngst in die Natio-

131 Zum Wahlergebnis, u. a.: *Heiber*, Anm. 22, S. 31ff.; Hans *Herzfeld*, Die Weimarer Republik. (= Deutsche Geschichte, Bd. 6), Ffm./Berlin/Wien 1980, S. 21f.; *Erdmann*, Weimarer Republik, S. 88f.; *Tormin*, Die Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik, S. 92f.

132 So *Rürup*, Probleme, S. 45.

133 S. Preußische Gesetzessammlung (= PGS) 1918, Nr. 43, S. 201; Ausschreibung der Wahlen zur Preuß. Nationalversammlung, s. WKBl. Nr. 291, 16. 12. 1918; auch: WKBl. Nr. 3, 8. 1. 1919: Bekanntmachung des Wahlkommissars v. Bergen für den Wahlkreis 17.

134 S. PGS 1918, Nr. 43, S. 205f.: Wahlkreiseinteilung und Zahl der Abgeordneten in den einzelnen Wahlkreisen.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

nalversammlung gewählte Essener Eisenbahnwagenmeister Kreutz im wesentlichen die polemischen Angriffe gegen die Sozialdemokratie fortsetzte, die schon die Wahlagitation des Zentrums bei den Wahlen im Reich gekennzeichnet hatte.[136]

Während dieser Wahlkampf von seiten der Parteien gleichsam mit „halber Kraft" betrieben wurde, kann von einem ungewöhnlichen Engagement berichtet werden, mit dem „mehrere Landwirte des Kreises Warburg" auf das Wahlverhalten der Kreisansässigen Einfluß zu nehmen suchten. Die namentlich nicht genannten Unterzeichner eines am 24. Januar im „Warburger Kreisblatt" veröffentlichten Aufrufs nahmen die Tatsache, daß bei den Wahlen am 19. Januar in vielen Gemeinden des Kreises sozialdemokratisch gewählt worden war, zum Anlaß, ihrer Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß „dieser Tag (...) für die betreffende Gemeinde ein Schandfleck ihrer Geschichte" sei. Es bestehe allerdings am kommenden Wahlsonntag die Gelegenheit, „diesen Schandfleck wieder zu verwischen"; dementsprechend wurden die „Bauern" des Kreises aufgefordert: „Wollt Ihr nicht Zentrum wählen, so wählt Deutschnational."[137] Wenn auch der Initiator dieses Vorstoßes zugunsten der DNVP nicht greifbar ist, so ist doch unverkennbar, daß sich der Appell an die Ehre der Bauern auf der Linie des Bundes der Landwirte bewegte, der ja bereits bei den Wahlen zur Nationalversammlung als Wahlhelfer der Deutschnationalen aufgetreten war. Der Aufruf blieb nicht ohne Folgen; er löste vielmehr eine heftige Kontroverse aus, die in den folgenden Tagen im „Kreisblatt" ausgetragen wurde. Insbesondere wandten sich verschiedene Zuschriften an die Zeitung gegen den Vorwurf, die Bauern des Kreises hätten den Sozialdemokraten ihre Stimme gegeben. Zugleich wurde die eigennützige Haltung der selbständigen Landwirte angeprangert und dafür verantwortlich gemacht, daß die SPD mancherorts an Boden gewinnen konnte.[138] Darüber hinaus scheint der Appell der Landwirte, deren Eintreten für die Deutschnationalen, nicht gänzlich ohne Wirkung auf das Wahlverhalten der Landbevölkerung geblieben zu sein.[139]

135 V. a. *Menke-Glückert*, Anm. 69, S. 138ff.; zum Verfassungsentwurf: W. *Elben*, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution, Düsseldorf 1969, S. 45ff.; auch: Karl D. *Bracher*, Die Entstehung der Weimarer Verfassung, Hannover 1963, S. 19ff.

136 S. WKBl. Nr. 18, 23. 1. 1919; s. auch den Artikel im WKBl. Nr. 19, 24. 1. 1919: „Wer kann am Sonntag wählen?" mit dem Appell „Wählt die Zentrumsliste", angeführt von Adam Stegerwald (Kölner Generalsekretär der Partei).

137 Aufruf der Landwirte im WKBl. Nr. 19, 24. 1. 19.

138 S. die Zuschriften an das WKBl. Nr. 20ff.

139 Zu den Wahlergebnissen: WKBl. Nr. 21 u. Nr. 22, 27./28. 1. 1919; auch: StAD M2 Nr. 559; für Preußen insgesamt: UuF, III, S. 89; dazu: *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1013 u. S. 1065.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Ergebnisse der Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung vom 26. 1. 1991

	Warburg			Preußen	
	Stadt	Amt	Kreis	%	Mandate
Zentrum	74,45	85,3	87,7	22,3	94
DNVP	0,03	4,1	1,6	11,2	48
DVP	9,60	1,0	2,3	5,7	23
DDP	8,18	2,1	2,8	16,2	65
SPD	7,64	7,3	5,4	36,4	145
USPD	0,03	–	0,06	7,4	23
Sonstige	0,06	0,2	0,14	0,8	3

Wenn auch das Ergebnis der Preußenwahlen vom 26. Januar 1919, bei denen eine allgemeine „Wahlmüdigkeit" registriert wurde (die Wahlbeteiligung lag bei 75 %),[140] in etwa dem eine Woche zuvor erzieltem Resultat entsprach, so ist unverkennbar, daß die DNVP in der Warburger Börde leichte Gewinne erzielen konnte. In der Stadt selbst stimmte zwar nur ein Wähler für die Deutschnationalen, auf Kreisebene konnten sie sich jedoch von 171 auf 275 Stimmen verbessern und erreichten somit 1,6 % der abgegebenen Stimmen. Verglichen mit dem insgesamt in Preußen erzielten Ergebnis von 11,2 % (48 Mandate) war der im Landkreis Warburg erreichte Stimmenzuwachs allerdings verschwindend gering.

Geringfügig verbessern konnte sich auch die Zentrumspartei: In der Stadt Warburg kletterte sie von 73,7 auf 74,4 %; und auf Kreisebene vermochte sie ebenfalls einen Prozentpunkt zuzulegen. Die Partei lag damit in Warburg weit über dem Landesdurchschnitt von 22,3 %, der 93 Zentrumsabgeordneten den Einzug ins Landesparlament gestattete.

Während DDP und DVP in Warburg annähernd die gleichen Ergebnisse erzielten wie bei den Nationalwahlen, mußten die Sozialdemokraten sowohl in der Stadt als auch im Kreis Verluste hinnehmen. Diese waren in Warburg selbst zwar nur minimal: Statt 238 Stimmen erhielten sie nun nur noch 226 und fielen damit auf 7,6 %; im Kreis machte sich der Stimmenrückgang dagegen schon deutlicher bemerkbar: Hier sank der für die SPD abgegebene Stimmenanteil um 1 % auf 5,4 %. Es scheint, als habe vor allem die SPD unter der geringeren Wahlbeteiligung zu leiden gehabt. Auch im Landesdurchschnitt mußte die Partei, verglichen mit den Wahlen im Reich, leichte Verluste hinnehmen; sie erhielt hier 36,4 % (145 Mandate) gegenüber 37,9 % bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Vermutlich spiegelte das schlechtere Abschneiden der SPD auch erste Unzufriedenheit der Anhängerschaft der Partei mit der „Überbrückungspolitik"der sozialdemokratischen Führung. Möglicherweise ist hierin ein Grund dafür zu sehen, daß sich ein Warburger Bürger entschloß, die radikalere USPD zu

140 S. dazu den Artikel im WKBl. Nr. 23, 29. 1. 1919.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

wählen, die mit 7,4 % im Landesdurchschnitt annähernd das gleiche Ergebnis erreichen konnte wie am 19. Januar 1919.

Ähnlich wie im Reich, so gelang es den Linksparteien auch in Preußen nicht, die erhoffte absolute Mehrheit zu erringen; insgesamt entfielen 232 Mandate auf die bürgerlichen Parteien, wohingegen die sozialistischen lediglich 169 Sitze erlangen konnten. Schon allein aufgrund des numerischen Verhältnisses war damit an eine Wiederherstellung der Anfang 1919 zerbrochenen Regierungskoalition zwischen SPD und USPD nicht zu denken. Hinzu kamen sachliche Differenzen im sozialistischen Lager, die ein erneutes Zusammengehen dieser Parteien von vornherein unmöglich machten. Da auch eine bürgerliche Koalition unter Einschluß der Rechtsparteien wegen der bestehenden unüberbrückbaren Gegensätze ausgeschlossen war, blieb letztlich nur ein Bündnis der SPD mit dem Zentrum und der DDP als einzige realisierbare Alternative zur Bildung einer Regierung übrig. Am 25. März nahm das von diesen Parteien getragene Staatsministerium sein Amt auf.[141]

Nachdem die preußische Revolutionsregierung durch eine Verfügung vom 13. November 1918 die alte Organisation der Gemeindeverwaltung hatte bestehen lassen und obendrein den Arbeiter- und Soldatenräten jegliches Eingriffsrecht ausdrücklich abgesprochen hatte,[142] legte sie in einer weiteren Verordnung vom 18. November fest, daß Ergänzungs- und Ersatzwahlen zu den Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen und Provinziallandtagen bis zur bevorstehenden gesetzlichen Neuregelung des kommunalen Wahlrechts nicht stattfinden durften. Deshalb wurde die Wahlzeit für diejenigen Vertreter, für die eine Ergänzungswahl erforderlich geworden wäre, bis zur Durchführung der auf der Grundlage von neuen gesetzlichen Bestimmungen erfolgenden Wahl verlängert. Nicht untersagt wurde hingegen, daß diese durch das Dreiklassenwahlrecht zustande gekommenen Körperschaften auch jetzt noch Magistrate wählen konnten.[143] Wie die ersten Erlasse der preußischen Regierung überhaupt, so war auch diese Verordnung auf eine „Konservierung des Status quo" in der Verwaltungsorganisation ausgerichtet.[144]

Erst am 23. Januar 1919 legte die Revolutionsregierung sodann dem obersten Rätegremium, dem „Zentralrat", einen Entwurf vor, wonach Magistratswahlen durch die bestehenden Gemeindevertretungen untersagt wurden.[145] Am folgenden Tag veröffentlichte sie schließlich die schon lange angekündigte Verordnung zur Neuregelung des Gemeindewahlrechts. Demnach wurden nun die bestehenden Gemeindevertretungen aufgelöst; die fälligen Neuwahlen mußten bis zum 2. März in allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahl erfolgen. Beseitigt

141 U. a.: *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1013.

142 S. StAD M2 Nr. 575: Telegramm der preuß. Regierung v. 13. 11. 1918, weitergeleitet durch den RP Minden, 14. 11. 1918; dazu: *Kolb*, Arbeiterräte, S. 263.

143 S. PGS 1918, Nr. 35, S. 181; dazu v. a.: *Kolb*, Arbeiterräte, S. 267.

144 V. a.: *Kolb*, ebd., S. 267; auch: *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1008ff.

145 S. *Kolb*, ebd., S. 268.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

wurden durch das neue Wahlrecht neben dem Mehrheitswahlrecht, das durch das Verhältniswahlrecht ersetzt wurde, das Hausbesitzerprivileg, die Öffentlichkeit der Stimmabgabe, der Ausschluß bestimmter Beamtengruppen vom passiven Wahlrecht sowie das besondere Wahlrecht der juristischen Personen; darüber hinaus wurden nun auch die Frauen in den Gemeinden wahlberechtigt.[146]

In Warburg wurde diese Neuregelung nicht nur mit Wohlgefallen aufgenommen. Es mangelte im Gegenteil nicht an Stimmen, die Kritik an diesem Kommunalwahlrecht übten und es für ungesetzlich erklärten, vor allem weil es von keiner rechtmäßigen, aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung erlassen worden war.[147] Natürlich vermochten die Kritiker es nicht zu verhindern, daß auch in Warburg und in den Gemeinden des Kreises die kommunalen Körperschaften nach dem neuen Wahlrecht neu bestellt wurden.[148] So fanden in der Folgezeit nach der Ausschreibung der Kommunalwahlen eine Vielzahl von Versammlungen statt, bei denen die Frage der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen besprochen und nach geeigneten Kandidaten gesucht wurde. Auch forderte in den folgenden Tagen und Wochen ein Inserent im „Kreisblatt", der mit „Civi" zeichnete, die Bürger mit schöner Regelmäßigkeit auf, wie bisher unter den neuen Stadträten wieder wenigstens einen „Herrn" zu wählen, „der von Euren 5 000 Morgen großen städtischen Grundbesitz, Feld, Wald und Wiese und dessen bestmögliche Ausnutzung praktisch etwas versteht".[149]

Am 13. Februar 1919 veröffentlichte das „Warburger Kreisblatt" sodann eine Kandidatenliste, zu deren Aufstellung sich „mehrere Bürger" der Stadt veranlaßt sahen, nachdem bis dahin unter den verschiedenen Parteien keine Einigung über die Nominierung von Kandidaten erzielt worden war. Den unterschiedlichen Kommissionen wurde bei der Aufstellung ihrer Vertreter die Berücksichtigung dieser „Bürger-Liste" empfohlen, auf der Namen wie etwa der Buchhändler und Chronist Fritz Quick, der Postsekretär Rix und der Sattlermeister Carl Blome sowie auch das Mitglied des Demobilmachungsausschusses Bering zu finden waren.[150]

Daß die Frauen recht schnell gelernt hatten, sich im politischen Leben zurechtzufinden, und gewillt waren, ihre Interessen wirkungsvoll zu vertreten, dokumentiert eine Versammlung am Abend des 19. Februar, zu der Bürgerinnen der Stadt die „Frauen und Mädchen" geladen hatten. Bei dieser Gelegenheit wurde der Beschluß gefaßt, die Belange Warburgs und die Leitung der Stadt nicht länger ausschließlich den Männern zu überlassen. Vielmehr gedachten die Frauen, sich mit einer eigenen Liste, auf der die Studienrätin Elisabeth Straßbach und die Direktorin Elisabeth Harre kandidierten, zur Wahl zu stellen.[151]

146 S. PGS 1919, Nr. 10, S. 13; Bekanntgabe des neuen Wahlrechts im WKBl. Nr. 33, 10. 2. 1919; dazu: *Kolb*, ebd.,S. 268; auch: U. *Dräger*, Die Kommunalwahlen in Preußen im Jahre 1919, in: Wissenschaftliche Zeitschrift des Pädagogischen Instituts Magdeburg 4/1967, S. 62-100, bes. S. 73ff.

147 Z. B. die Leserzuschrift: WKBl. Nr. 34, 11. 2. 1919; dazu auch: *Dräger*, Anm. 146, S. 81ff.

148 S. die Bekanntmachung des Warburger Magistrats: WKBl. Nr. 36, 15. 2. 1919.

149 WKBl. Nr. 34, 11. 2. 1919.

150 S. WKBl. Nr. 36, 13. 2. 1919.

151 S. WKBl. Nr. 41, 19. 2. 1919; s. auch die Bekanntgabe der Wahlvorschläge: ebd., Nr. 46, 25. 2. 1919.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Dieser Vorstoß der selbstbewußt auftretenden Frauen hatte ein zähes Ringen um die Wählergunst zur Folge, ließ den Kommunalwahlkampf zum „Krieg der Geschlechter" ausarten, der sich in nahezu tagtäglich im „Kreisblatt" erscheinenden Aufrufen und Inseraten niederschlug. So veröffentlichte das Blatt am 26. Februar eine Anzeige, in der die Unterzeichner ausdrücklich hervorhoben, daß es sich bei ihnen um „Wähler" und nicht etwa um „Wählerinnen" handele. Sie bekundeten, die Liste der Frauen wählen zu wollen, und führten zur Begründung an, daß „die Frauen mit Recht darauf bestehen, in das Stadtverordnetenkollegium einzuziehen, und nicht beiseite geschoben werden dürfen, nachdem sie bei den Wahlen zur deutschen und preußischen Nationalversammlung ihre volle Pflicht getan haben".[152] Angriffe, die von seiten der Vertreter der Männer-Liste, die sich als „Einheitsliste" darzustellen suchte, gegen die Frauen geführt wurden, parierten „viele echte Warburger Wähler und Wählerinnen" mit einem Aufruf, der die Überschrift trug: „Wo bleibt die geheime Wahl?" Dort hieß es: „Wir wählen geschlossen Wahlvorschlag II, das wird uns nie gereuen. Wir vertreten unser gutes Recht."[153]

Nach diesem unerwartet temperamentvoll geführten Wahlkampf zwischen den um die Stimmen konkurrierenden, geschlechtsspezifischen Listen durfte man gespannt sein, wer das Rennen machen würde. Die Wahlen, an denen sich annähernd 50 % weniger Wahlberechtigte beteiligten als bei den vorangegangenen Urnengängen, gestalteten sich zu einem vollen Erfolg der Frauenliste. In den drei städtischen Wahlbezirken gelang es ihr, 309 (20,5%) der insgesamt 1 505 gültig abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinen. Auch wenn der Wahlvorschlag I die verbleibenden 79,5 % der Stimmen erhielt, so konnten die Frauen bei diesem Ergebnis dennoch ihre beiden Kandidatinnen in das Stadtverordnetenkollegium entsenden, wohingegen der Metzgermeister Adolf Balluff sowie der Kaufmann und Geschäftsführer des Kreisarbeitsnachweises Wilhelm Poeppler durchfielen. Als Beleg dafür, daß zumindest nicht alle ehemaligen Mitglieder des Warburger Arbeiter- und Soldatenrats bei der Bevölkerung in einem schlechten Ruf standen, wird man die Tatsache werten können, daß mit Friedrich Hanfland, Paul Quick, Julius Rix und Carl Blome Vertreter des vielgeschmähten Räteorgans in das Stadtparlament einzogen.[154]

Die neugewählte Stadtverordnetenversammlung trat sodann am 25. März zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen, bei der unter anderem der Direktor des Warburger Gymnasiums, Geheimrat Anton Wirmer, zum Stadtverordnetenvorsteher und Dr. Josef Floren zu dessen Stellvertreter gewählt wurden.[155] Die Wahlen zu den einzelnen städtischen Kommissionen sowie der Mitglieder des Sparkassenvorstandes wurden dagegen erst am 10. April 1919 vorgenommen.

152 WKBl. Nr. 47, 26. 2. 1919.

153 WKBl. Nr. 49, 28. 2. 1919.

154 Zum Wahlergebnis vom 2. 3. 1919, s. WKBl. Nr. 51, 3. 3. 1919, dort auch die Namen der übrigen Stadtverordneten; zum Wahlergebnis in Preußen, s. *Dräger*, Anm. 146, S. 89ff.

155 S. WKBl. Nr. 72, 27. 3. 1919.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Hierbei zeigte sich, daß die weiblichen Mitglieder des Kollegiums lediglich in solche Kommissionen gewählt wurden, die traditionell als Domänen der Frauen gelten konnten, nämlich die Armen- und die Fürsorgekommission; alle übrigen Bereiche blieben auch weiterhin fest in der Hand der Männer. So kann es auch nicht verwundern, daß nur Vertreter des männlichen Geschlechts, der Fabrikant Bering, Dr. Floren sowie Bürgermeister Lipps an diesem Tag von der Versammlung in den Kreistag delegiert wurden.[156]

Mit der Bildung der aus freien Wahlen hervorgegangenen Körperschaften in Reich, Ländern und Gemeinden fand die Revolution in verfassungspolitischer Hinsicht ihr vorläufiges Ende. Nachdem in Warburg der Arbeiter- und Soldatenrat bereits in der ersten Februarhälfte seine Tätigkeit förmlich eingestellt hatte, gelangte auch hier der revolutionäre Übergangszustand mit der Neubestellung der kommunalen Gremien zu einem Abschluß. Das bürgerliche Leben in der Stadt bewegte sich fortan wieder in geregelten Bahnen, einer neuen, wenn auch unsicheren Zeit entgegen.

156 S. WKBl. Nr. 86, 12. 4. 1919; zum Wahlgesetz für die Kreistage in Preußen, s. *Dräger*, Anm. 146, S. 76f.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 145, 1995 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org